

Wuppertaler-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Krennitzer Straße 50. Fern-
sprecher 480 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Krennitzer Straße 50 (Korben-
haus). Fernsprecher 439 02. Erscheinungstag: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schließliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Krennitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 88.

Rüstet zum Schlesischen Landes-Sport-Fest
am 18. und 19. Juni
in BRESLAU

Erst- bis 50 Pf.
Zweit- bis 30 Pf.
Dritt- bis 20 Pf.
Viert- bis 10 Pf.
Fünft- bis 5 Pf.
Sechst- bis 3 Pf.
Siebent- bis 2 Pf.
Achtent- bis 1 Pf.
Neunt- bis 1/2 Pf.
Zehnt- bis 1/3 Pf.

Die dreizehntägige Mittel-
meisterschaft in der
Kampfsportart am Tage vorher bis 18 Uhr.

Naziführer als Fälscher entlarvt / Siehe im Blatt

2000 streitende Pflichtarbeiter demonstrieren

gegen die Notverordnungsdictatur, Pflichtarbeit und Unterstüßungsabbau

Die hungernden Massen rufen: „Nieder mit den Notverordnungen, wir haben Hunger!“

Gleiwitz, 13. Juni. Heute, vormittags 10 Uhr, demonstrieren mehr als 2000 streitende Pflichtarbeiter und Erwerbslose vor dem Stadthaus, darunter zahlreiche Frauen und jugendliche Arbeiter gegen die Pflichtarbeit und den 15prozentigen Unterstüßungsabbau. Die Massen der Streitenden und Erwerbslosen unterstützten die sich im Stadthaus befindliche Delegation, die mit dem Magistrat über die Befreiung der Pflichtarbeit und die Milderung des Unterstüßungsabbaus verhandelte. Die Polizei war gegen den Massenaufmarsch der hungernden Massen machtlos. Erst nachdem die Polizei Verstärkung durch berittene Polizei erhielt, ging man brutal mit entschlossener Schußwaffe und dem Gummiknüppel gegen die Demonstranten vor. Zu schreien wagte die Polizei nicht. Die hungernden Massen rufen:

„Nieder mit den Notverordnungen! Wir haben Hunger!“

Mit Erbitterung und Empörung setzten sich die Massen zur Wehr, nachdem die Polizei wahllos in die Demonstranten einzuweichen versuchte. Einem Polizeihauptmann wurde dabei die Pistole entrissen und einer Anzahl Schupos die Gummiknüppel. Immer wieder drängten die Massen nach dem Stadthaus und unter dem Druck derselben erklärte sich der Oberbürgermeister Geisler bereit, mit der von den Massen entsandten Delegation zu verhandeln. Oberbürgermeister Geisler gab die Erklärung ab, daß der 15prozentige Unterstüßungsabbau eine ungeheure soziale Härte darstelle, fand sich aber nicht bereit, den Abbau rückgängig zu machen und verschänzte sich hinter den Regierungserlaß. Die Delegation bestand auf ihrer Forderung.

Die Demonstranten wichen trotz der Polizeiatte die nicht von der Stelle, so daß Oberbürgermeister Geisler der Forderung der Delegation, sofort mit der Regierung in Oppeln zu verhandeln, nachgeben mußte. Eine vier Mann starke Delegation, bestehend aus einem KPD.-Genossen, einem SA.-Mann, einem christlichen Arbeiter sowie einem Vertreter der werktätigen Jugend, fuhr mit einem herbeigeschafften städtischen Auto sofort zur weiteren Verhandlung mit der Regierung nach Oppeln. Ferner wurde den Erwerbslosen die Ausstellungshalle zur Versammlung freigegeben, bezgl. erhielt der Kampfausschuß ein Arbeitszimmer zur Verfügung gestellt. — (Näherer Bericht folgt.)

Protest der Kriegs- und Arbeitsopter

Berlin, 11. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit hat sich mit einem geharnischtem Protest an das Reichskabinett gewandt, dem vom Bund vorgeworfen wird, daß es durch die neue Notverordnung an der Kriegsopfer-Verforgung abwärts 30 Millionen Mark einsparen will, nachdem die Verforgung seit 1929 um 260 Millionen Mark verringert wurde. Das Schreiben lautet: „Wir protestieren ganz entschieden gegen die von der Regierung geplanten sozialreaktionären Maßnahmen durch die NotverordnungsPolitik der Brüning-Regierung, die von der jetzigen Regierung ihre verschärfte Fortführung erfahren soll, da immer nur die ärmsten Bevölkerungsschichten von diesen unerträglichen Diktatur-Sparmaßnahmen betroffen werden. Wir fordern von der Regierung, daß nicht nur sofort Schluß gemacht wird mit dieser Sozialreaktion, sondern daß alle bisher erlassenen Notverordnungen, soweit sie Verschlechterungen für die werktätige Bevölkerung und insbesondere die Kriegs- und Arbeitsopter brachten, mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.“

Hedwigwunnsch- und Ludwigsglückgrube kündigen Belegschaften

Gesamtbetriebsrat beschließt für morgen 24 stündigen Proteststreik gegen Entlassungen

Hedwigwunnsch-Werke, 14. Juni. Die Hedwigwunnsch- und Ludwigsglück-Grube haben der gesamten Belegschaft zum 16. Juni gekündigt. Man will einen Teil der Bergarbeiter entlassen und den Rest zu verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder einstellen. Der Gesamtbetriebsrat hat dazu Stellung genommen und beschlossen, am 15. Juni gegen diese Maßnahmen einen 24stündigen Proteststreik durchzuführen. Heute morgen war folgende Bekanntmachung der Belegschaft an den Gruben und Straßen ersichtlich:

Bekanntmachung!

Am 16. Juni soll der gesamte Belegschaft der Ludwigs- und Hedwigwunnsch-Grube gekündigt werden. Im Gesamtbetriebsrat ist der 24stündige Proteststreik für den 15. Juni beschlossen worden. Wir fordern die Belegschaft auf, vor der Einfahrt Stellung zu nehmen, vom Betriebsrat Berichtserstattung zu verlangen und in den Proteststreik zu treten. Wir fordern, den Streik durchzuführen, um alle Kündigungen und der damit verbundenen Maßnahmen zurückzunehmen. Wir fordern auf, daß das Badhaus „Alberichsdahl“ sofort für die Belegschaftsversammlungen freigegeben wird. Weigert sich die Verwaltung, die zwei Forderungen anzuerkennen, so wird die Belegschaft am Tage des Proteststreikes weiteres beschließen.

Die Belegschaft der Hedwigwunnsch-Grube.

Das Zentrum

gründet faschistische Wehrorganisationen

Auf einer Vertretertagung der Westdeutschen Katholischen Arbeitervereine in Essen wurde beschlossen, Schutz- und Wehrorganisationen des Zentrums zu schaffen. Angeblich sollen sich diese Organisationen gegen die Nationalsozialisten richten. In Wirklichkeit aber hat sich dort, wo solche Organisationen bereits bestehen, gezeigt, daß diese Wehrorganisationen der Brüningpartei, von vornherein von faschistischem Geist erfüllt, ihre Aufgaben in der Verteidigung des faschistischen kapitalistischen Staates sehen und gegen die revolutionäre Arbeiterschaft kämpfen.

Der Platz der christlichen Arbeiter ist nicht an der Seite der kapitalistischen Parteien. Ihre Aufgabe ist nicht, die NotverordnungsPolitik zu verteidigen, die dem Faschismus den Weg bereitet hat. Die christlichen Arbeiter, die gegen den Faschismus kämpfen wollen, müssen gemeinsam mit den kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern in der roten Einheitsfront kämpfen. Die kommunistische Partei ruft sie zur antifaschistischen Aktion gegen den Faschismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Deutschlands bester Kunde

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das bürgerliche Berliner Blatt „Morgen“ (13. Juni) den nachfolgenden Artikel, den wir (mit einigen geringfügigen Kürzungen am Schluß) zum Abdruck bringen, weil er die injame antisowjetische Lügenkampagne, wie sie von der Einheitsfront von SPD. bis Nazis geführt wird, glänzend widerlegt.

Die größte Utopie der Weltgeschichte wird zur Realität. Der erste russische Fünfjahresplan geht seinem Ende entgegen, die riesigen Industriewerke der Sowjetunion werden vollendet und nehmen die Arbeit auf.

Fast schlagartig kommt das Uhrwerk der Sowjetindustrie in Gang. Vor acht Wochen wurde in Magnitogorsk der erste Hochofen angeblasen, der größte des Kontinents, mit einer Tagesleistung von über tausend Tonnen. Wenige Tage darauf wurden die Hüttenwerke im Kusnezgebiet und bei Malejewka im Südrural in Betrieb genommen. Inzwischen ist ihre Produktion bereits auf mehr als ein Viertel der gesamten deutschen Eisenerzeugung gestiegen.

Gleichzeitig wurde in Moskau die größte Kugellagerfabrik der Welt mit einer Jahresproduktion von 24000 Kugellagern eröffnet, und nur wenig später begann auch die große Moskauer Werkzeugfabrik „Fräser“ zu arbeiten, die jährlich für 100 Millionen Mark Fräsen, Bohrer, Ähnen usw. auf den Markt bringt.

Das riesige Elektrizitätswerk Dnjeprostroj, das eine Jahreskapazität von 800000 Pferdestärken besitzt, ist fast vollendet. Fünf Jahre dauerte der Bau, ein Jahr weniger, als die amerikanischen Ingenieure vorgesehen hatten. Am 1. Mai lieferte es seinen ersten Strom. Und damit wird die industrielle Basis geschaffen für die chemischen und metallurgischen Großbetriebe, die im nächsten Jahre hier entstehen sollen.

Schon hat das vom Wolchower Elektrizitätswerk abhängige Wolchower Aluminiumwerk mit einer Tagesleistung

von zehn Tonnen die Aluminiumfabrikation aufgenommen, und die chemische Fabrik Beresnik im Ural lieferte die ersten tausend Tonnen Schwefelsäure und den ersten in Rußland erzeugten, synthetischen Stickstoff.

Die große Stalingrader Traktorenfabrik hat mit 141 Traktoren täglich ein Viertel ihrer Maximalkapazität erreicht, und jetzt hat auch ihr Schwesterwerk in Charkow die Tagesproduktion von 100 Traktoren aufgenommen.

Bereits der letzte Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforchung setzte Rußland, mit 11 Prozent der gesamten Weltproduktion, an die zweite Stelle unter den industriellen Produktionsländern — knapp vor England und Deutschland, die 10 Prozent und 7,6 Prozent der Weltproduktion erzeugen. Die letzten Fortschritte der russischen Industrialisierung müssen das Bild sehr wesentlich ändern.

Kein Zweifel, die Milliarden, die der russische Staat jahrelang in den Aufbau einer eigenen Produktion gesteckt hat, begannen zu arbei- und sich zu reifen. Wirtschaftlich und militärisch wird Rußland stärker und vom Ausland unabhängiger. Der zweite Fünfjahresplan, der noch viel gigantischere Ausmaße als der erste, wird in der Welt nicht mehr mit ungläubigem Kopfschütteln aufgenommen. Denn es ist schwerer, aus dem Nichts heraus zu schaffen, als auf Vorhandenem weiterzubauen.

Unter den Absatzmärkten Deutschlands steht Rußland heute an erster Stelle. Es nimmt mehr Waren auf als England, Frankreich oder die USA., mehr zum Beispiel auch als der ganze südamerikanische Kontinent.

Bapen-Diktatur über Rundfunk

Der monarchistische Freiherr von Gagl, zur Zeit Reichsinnenminister, hat einen Erlaß herausgegeben, wonach die Reichsregierung „nach Bedarf“ jeden Tag eine halbe Stunde den Rundfunk beschlagnahmt. Die Verkündigungen der Reichsregierung müssen von allen deutschen Sendern übernommen werden.

Japan drängt zum Krieg gegen die Sowjetunion

Tokio, 13. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Die japanischen Kavallerietruppen treiben die Streitkräfte des Generals Ma in Richtung auf die Sowjetgrenze. Tel.-Union berichtet aus Charkiw hierüber: „Es soll versucht werden, die chinesischen Streitkräfte zum Ueberschreiten der russischen Grenze zu zwingen. Das japanische Oberkommando hat Verstärkung in Marsch gesetzt.“ Die japanische Taktik ist klar. Unter dem Vorwand der Verfolgung der Aufständischen sollen chinesische Truppen die Sowjetgrenze überschreiten und dadurch die Sowjetunion, die sich keinen Fußbreit Sowjeterbe rauben lassen wird, in den Krieg hineingezogen.

Breslau

Jungarbeiter, Kasernenhof droht!

Heraus zur öffentlichen **Versammlung**

Donnerstag, den 16. Juni,
Monistische Gemeinde, Grünstr.

Thema: Gegen Arbeitsdienst, Zwangstarie, Militarismus

Der Kampfausschuss:

H. Rebohle R. Buntzock W. Schaar
(KJV.) (SJV.) (KJO.)
Hanning (parteilos)

Eintritt 10 Pfg.
Die prolet. Jugendorganisationen sind zur Diskussion aufgefordert

Breslau, 14. Juni.

Kommunalfraktion und Beitrag

Heute, 19 Uhr, Sitzung im Büro Wallstraße 13. Wichtige Besprechung, alles muß erscheinen.

Der Solidaritätstag in Breslau

Breslau. Die Internationale Arbeiterhilfe, die Proviantsolonne des kämpfenden Proletariats, beging am Sonntag in Breslau, wie in der ganzen Welt, den Tag der Solidarität. In diesem Jahre, der Zeit, in der die Sowjetunion des Vaterland aller Werktätigen bedroht ist, durch den imperialistischen Krieg, der kapitalistischen Staaten, stand der Solidaritätstag, unter dem Zeichen, der Parole, Proletarische Massenolidarität im Kampf gegen den Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg. Die Schilfen und Sabotageverbrechen der Polizei, die eine Demonstration der Arbeitermassen verbot, hatten der Arbeiterkraft nicht den Willen und den Mut genommen, zur Demonstration ihrer Solidarität und ihres Kampfwillens. 800 bis 1000 Besucher, und Hunderte von Kindern waren Zeugen, des glänzenden Programms der guten Kampf- und Jugend der I.A.H.

Am Nachmittag marschierten unter den Klängen des Gartenkonzerts 200 Pioniere, die jüngste Kampfergeneration, auf den Festplatz. Sie demonstrierten wieder einmal, daß die Kinder gewillt sind zu kämpfen; denn wenn die Arbeiterkinder reif genug sind zum Hunger, sind sie auch reif genug, um sich gegen Hunger und Not zur Wehr zu setzen. Mit den Kindern wurden proletarische Spiele gemacht, und ein politisches Kaspertheater sorgte mit bissiger, proletarischer Satire gleichzeitig für die Schulung und Belustigung der Schüler. Dann wurden alle Kinder gratis mit Kuchen und Eis bewirtet. Auf dem Sportplatz fand ein Solidaritätsspiel der I.A.H.-Pioniere gegen die Schüler von Janal-Ost statt, welches die eingepielteren Janal-Innen mit 3:1 gewannen.

Um 8 Uhr begann die große Kundgebung im Saal. Nach einem Nahneinmarsch hielt Genosse Monow, der Leiter der I.A.H., Schlußwort, sein Referat. Der Genosse Monow wies im besonderen auf die internationale Bedeutung des Solidaritätstages hin, und kennzeichnete den Ernst der politischen und wirtschaftlichen Lage. Er zeigte das Massenelend, und die Not von Millionen Proletariats, in der kapitalistischen Welt und wies im Gegensatz hierzu auf den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion hin.

Die Sowjetunion bildet das Hindernis der kapitalistischen Welt, bildet den Rückhalt der Arbeiterbewegung auf der ganzen Erde, deshalb ist die Sowjetunion der größte Feind der imperialistischen und kapitalistischen Länder. Um sich ihr System zu erhalten, rüstet der Weltimperialismus zum Interventionskrieg gegen das Land der Arbeiter und Bauern. Schon lobern im Osten die Flammen des Krieges, und die Finnen drohen nach Europa überzuspringen zur Entfaltung des Weltkrieges. Am Schluß seiner Ausführungen beleuchtete der Redner die neue Regierung der Generäle und Industriellen und gab Beispiele der verschärften Unterdrückungsmethoden gegen das werktätige Volk, die sich in brutaler Weise durch die neuen Notverordnungen auswirken werden. Darauf ergibt sich die Notwendigkeit der praktischen proletarischen Solidarität aller Unterdrückten, und eine noch stärkere Anteilnahme an dem Werk der Internationalen Arbeiterhilfe muß folgen. Eine besondere Aufgabe der I.A.H. ist das Kinderhilfswerk. Für diese Aufgabe müssen alle Kräfte gewonnen werden. Wenn wir alle praktische internationale Solidarität üben und mit aller Energie uns dafür einsetzen, dann wird der Tag kommen, an dem von allen Tüchern rote Fahnen, die Freiheit eines sozialistischen Deutschlands begrüßen werden.

Nach dem Referat folgte die große politische Massenschau „Das ist dein Weg“. Das Kollektiv spielte trotz der kurzen Vorbereitungszeit lebhaft und mitreißend. — Weiter folgte die Revue spielte die ebenfalls unter der Leitung des Genossen Kuit stehende, bekannt gute I.A.H.-Truppe einige Szenen. Um 12 Uhr wurde die Solidaritätssitzung der I.A.H. mit dem Lied der Roten Fahne geschlossen. Vorwärts zu neuen Kämpfen im Sinne proletarischer Solidarität!!

Der Wahnsinn dieser Wirtschaft treibt Jungproleten zur Verzweiflung

Weg mit Zwangsarbeit und Arbeitsdienstpflicht — Jungproleten, kämpft in der roten Einheitsfront für Arbeit und Brot!

(Arbeiterkorrespondenz)

Breslau. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, schlechte Behandlung durch den Meister bedrücken den Jugendlichen, der als Jungarbeiter oder als Lehrling noch im Betriebe steht. Hunger und größte Not am Notwendigsten zum Lebensunterhalt, und die Arbeitslosigkeit, jenseits in diesem Wirtschaftssystem wieder Arbeit zu bekommen, lasten schwer auf dem erwerbslosen Jungarbeiter. Und immer wieder finden die Vertreter dieses verfaulenden kapitalistischen Systems neue Formen und neue Methoden der Unterdrückung. Eine der neuesten „Erfindungen“ für den arbeitslosen Jungarbeiter ist der Arbeitsdienst. Mit Drill, Schläß und dem dazugehörigen Kommandoton, bei schlechtem Essen und einem Taschengeld von 50 Pfennig muß der Jungarbeiter 6—8 Stunden den Tag schuften. Wenn sich dann die Jugendlichen dagegen auflehnen, so schreit das gesamte Bürgertum und seine Presse voll Entrüstung von der Rehabilitierung der Jugend.

Im Arbeitsdienstlager in Alt-Mährsdorf bei Volkshain wurden im Hof des Grafen Hoyos Waldarbeiten ausgeführt. Das schlimmste Antreiberssystem herrscht in diesem Lager. Dieser Tage kam es zu einem Streit zwischen einem dort beschäftigten 17-jährigen Arbeiter und einem Gruppenführer, der von den Jugendlichen immer

Belegschaft des BCB. bildet roten Masseneinsatz

Kollegen nehmen Stellung gegen Verleumdung und Sabotage der Einheitsfront durch Gewerkschaftsbürokratie — Drei Kollegen in den antifaschistischen Kampfausschuss gewählt

(Betriebskorrespondenz)

Breslau. Am Freitag hielten die Haushälter, Fuhrer und Chauffeure und Schlosser des BCB. eine Betriebsversammlung im „Lesting“ ab. Der rote Betriebsrat gab Bericht über die Arbeit des Kampfausschusses und zeigte dabei auf, daß nur durch die Sabotage des Arbeiterratsvorsitzenden, welcher nur das ausführt, was ihm die Gewerkschaftsbürokratie vorschreiben, eine vorher beschlossene allgemeine Betriebsversammlung hintertreiben worden ist. Um die sich im Betriebe bildende Einheitsfront wieder zu zerstören, verbreiten die Gewerkschaftsbürokraten, vermittels ihrer treu ergebenen Betriebsräte, im Betriebe das Gerücht, der bestehende Kampfausschuss sei nur eine Organisation der NSD.

In der Diskussion nahm ein freigewerkschaftlich organisierter Kollege, welcher Mitglied des Kampfausschusses ist, das Wort und wies auf das schärfste die Verleumdungen gegen den Kampfausschuss zurück.

Ein Antrag, welcher verlangt, daß sobald als möglich der Arbeiterrat mit dem Kampfausschuss eine Sitzung abhält, wurde eingebracht und einstimmig angenommen. Ferner wurden zwei Resolutionen verlesen, welche der Kampfausschuss an die Arbeiter im Betriebe gerichtet hat. Die erste, die Stellung nimmt zu den Verleumdungen, hatte folgenden Wortlaut:

„Der Kampfausschuss nimmt mit Entrüstung Kenntnis, daß in der am Freitag, dem 27. Mai, stattgefundenen Arbeiterratsitzung die Behauptung aufgestellt wurde, der Kampfausschuss sei eine Organisation der NSD. Wir Mitglieder des Kampfausschusses erklären, daß der Kampfausschuss ein überparteiliches Komitee ist, welches aus Mitgliedern aller politischen Richtungen, Gewerkschaften und Unorganisierten zusammengesetzt ist, zwecks Durchsetzung der betrieblichen Forderungen.“

Die zweite Entschliessung nimmt Stellung gegen die Nichtzulassung eines NSD.-Vertreters in der demnächst stattfindenden Betriebsversammlung und hat folgenden Wortlaut:

„Der Kampfausschuss protestiert auf das schärfste gegen die Nichtzulassung eines NSD.-Vertreters in der demnächst stattfindenden allgemeinen Betriebsversammlung des BCB. Der Kampfausschuss erblickt in diesem Verhalten des Arbeiterratsvorsitzenden Vogel eine

Benachteiligung eines großen Teiles der Arbeiterschaft im Betriebe und beantragt deshalb Zulassung eines NSD.-Vertreters.

Diese zwei Entschliessungen, die von den Mitgliedern des Kampfausschusses unterzeichnet waren, fanden die Zustimmung der anwesenden Kollegen. Dann sprach der rote Betriebsrat zu den Entlassungen im Betriebe und zeigte in seinen Ausführungen auf, daß in einem „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen“ beim Verwaltungsförpner noch recht viel Einsparungen gemacht werden könnten, so daß die Entlassungen der Arbeiter auf diese Weise vermieden würden.

In der darauf einsetzenden Diskussion gaben die Kollegen nicht nur ihre Zustimmung zu den Ausführungen des roten Betriebsrats, sondern verlangten darüber hinaus, daß der Arbeiterratsvorsitzende sobald wie möglich eine gemeinsame Betriebsversammlung einberuft. Hierbei kam zum Ausdruck, daß die Kollegen das richtige erkannt haben, daß nur durch die kämpfende Einheitsfront im Betriebe die Forderungen der Belegschaft bei der Verwaltung durchgesetzt werden können.

Kollegen der Bäckerei

An euch richten wir hierdurch den Appell, euch mit einzureihen in die kämpfende Einheitsfront; laßt euch nicht durch die falschen Parolen eurer Führer vom Kampfe abhalten, welcher auch der euerige ist.

Dann sprach ein Kollege zu dem in Breslau gebildeten provisorischen Kampfausschuss gegen den Faschismus und forderte auf, einige Kollegen in diesen Ausschuss zu delegieren. Es wurden daraufhin drei Kollegen, und zwar ein Freigewerkschaftler, ein kommunistischer und ein parteiloser Arbeiter, gewählt. Ein anderer Kollege forderte auf, zur Bildung des roten Masseneinsatzes im Betriebe heranzugehen, um den täglich frecher werdenden faschistischen Überfällen auf die Arbeiterschaft eine geschlossene Abwehrfront entgegenzustellen. Daß die Kollegen gewillt sind, gegen den Faschismus in jeder Form zu kämpfen, zeigte sich gleich darauf. Fast sämtliche anwesenden Kollegen trugen sich in die Listen des roten Masseneinsatzes ein. Die Kollegen haben damit ihren Kampfwillen bewiesen. Sie erkennen immer mehr, daß es an der Zeit ist, in geschlossener Front die Angriffe aller Arbeiterfeinde abzuwehren. Es ist das Gebot der Stunde, daß sich die Arbeiterschaft zu einer Einheitsfront zusammenschließt.

Erwerbslose zwingen Kreisauschuss zur Verhandlung.

Wohlaner Kreistag tagt unter polizeilichem „Schutz“ — Erwerbslose nicht nachlassen jetzt.

Wohlan. Am Mittwoch voriger Woche fand unter dem Schutze der Breslauer Polizei, die auf Druck der Erwerbslosen des Kreises einberufene Kreistagsitzung statt. Auf Initiative der Erwerbslosen wurde der Erwerbslosenausschuss zur Sitzung zugelassen, der folgende Forderungen dem Kreistag unterbreitete:

1. Rückgängigmachung des Unterhaltungsabbaues. Nachzahlung der bereits abgezogenen Beträge.
2. Uebernahme aller rückständigen Mieten durch Kreis und Gemeinden.
3. Auszahlung einer Wirtschaftshilfe in Höhe von 20 Mark für Verheiratete, 10 Mark für Ledige. Ausgabe von Lebensmittelmarken als Unterhaltungsbeihilfe.
4. Pflanzarbeit wird abgelehnt, sämtliche Arbeiten werden nur gegen tarifliche Bezahlung ausgeführt, Arbeitsachen und Werkzeug muß geliefert werden.
5. Anerkennung des Erwerbslosenausschusses.

Nach zweieinhalbstündiger Verhandlung mit dem Kreisauschuss zogen sich die Herren zur geheimen Sitzung zurück, nachdem der letzte Punkt der Forderungen abgelehnt war. Die übrigen Forderungen sollten in der Dunkelkammer verhandelt werden. Die Erwerbslosen, die durch ihr zahlreiches Auftreten ihren Kampfwillen und ihre Kampfbereitschaft bekundet hatten, durften nicht dulden, daß die Verhandlungen auf fast drei Stunden ausgedehnt wurden, ohne daß man ihnen einen positiven Bescheid zukommen ließ.

Erwerbslose Kollegen! Auf euren Druck hin mußte die Kreistagsitzung stattfinden. Auf euren Nachdruck hätte der Kreistag in öffentlicher Sitzung zu allen euren berechtigten Forderungen Stellung nehmen und euch in kurzer Zeit die Ergebnisse zukommen lassen müssen. Die Beispiele von Sagan, Weißstein, Charlottenbrunn und eine Reihe anderer Orte haben der gesamten Arbeiterklasse bereits gezeigt, daß dem revolutionären Aufsturm der Arbeiterschaft keine Gummistülpel, ja selbst der Einsatz der ganzen Staatsgewalt nicht

halt zu bieten vermag. Nehmt in Massenversammlungen zu den Ergebnissen Stellung.

Mobilisiert alle bisher noch Säumigen, rüttelt sie auf und reißt sie mit ein in die einheitliche Kampffront. Bildet Kampfausschüsse und schmiedet die Einheitsfront zwischen den Betriebs- und Landarbeitern. Der Kampf um Arbeit und Brot erfordert den gemeinsamen Kampf der gesamten Arbeiterschaft.

Wichtig für alle Ortsgruppenleiter

Ein Erlass des preussischen Innenministers

Nach Meldung des amtlichen preussischen Pressedienstes hat der preussische Minister des Innern im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag an alle Polizeibehörden einen Erlass gerichtet, in welchem angeordnet wird, daß die auf Grund früherer Erlasse aus dem April 1932 auszufällenden Bescheinigungen über Anmeldungen geplanter öffentlicher politischer Versammlungen, Lastkraftwagenfahrten durch Mitglieder politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken, über erfolgte Vorlage von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts als überwiegend im öffentlichen Interesse erfolgte Amtshandlungen anzusehen sind. Der Minister des Innern bestimmt deshalb in Abänderung eines früheren Grund-erlasses vom 12. April 1932, daß bis auf weiteres von der Erhebung von Gebühren abzusehen ist.

SPD.-Gemeindevorsteher will die Zersplitterung der Arbeiterschaft

Oppersau. Wir haben vor kurzem auf die Methoden der SPD.-Funktionäre hier am Orte hingewiesen, jetzt wird uns neuerdings bekannt, daß mit Wissen des kommissarischen SPD.-Gemeindevorstehers versucht wird, einen Spalt in die Arbeiterschaft zu treiben, indem er seinen Freunden in bezug der Wohlfahrtsunterstützung Vergünstigungen zukommen läßt, die er den kommunistisch gesinnten Arbeitern nicht einräumt. Hier wird's an der Zeit, daß die Arbeiterschaft einmal gründlich aufräumt.

Der Reichstagswahlkampf kostet viel Geld

aber ihr bezahlt bei der Listelle eure Schulden nicht und läßt dadurch unsere Agitation. Deshalb sofort abrechnen und Geld ein-schicken!

Möbung, Quartiere werden gesucht!

Für das am 18. und 19. Juni stattfindende schlesische Landes-sportfest werden noch eine Menge Quartiere benötigt. Wir bitten, Solidarität mit den roten Sportlern zu üben und Meldungen nach dem „Fichte“-Heim, Siebenhufener Straße 12/13, in Ost: bei Kunze, Vorwerkstraße 78, Scheitnig; Müde, Kl. Fürstenstraße 7, Süd: W. Frost, Lernaldstraße 5, Odetor: Ortner, Trebniger Straße 50, Westen: Anglerheim, Leutenstraße, Zentrum: Rosenthal, Oberstr. 17 zu geben.

Verantwortlich für den politischen Teil: Brodny und Kolales: Erich Sobole, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Bendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Gellam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesiäer Verlagsgesellschaft m. B., Breslau, Trebniger Straße 50.

Geschäftliches

Die Emil Fache Metallgesellschaft hat sich bereit erklärt, vom 14. d. Mts. an bis auf weiteres an jedem Dienstag der Woche etwa 1 1/2 Zentner Schweinefleisch ohne Grieben aus eigener Schlachtung an Erwerbslose abzugeben. Der Preis ist auf 30 Pfg. je Pfund festgesetzt worden. Das Schmalz kann gegen Abgabe einer Bescheinigung des Städtischen Fürsorgeamtes im Zwölfgeschäft der Firma Emil Fache AG., Ring 2, neben der Gashütte, in Empfang genommen werden.

Kolonialwaren
Obst — Gemüse
bet
Johanna Mitsche
Mitteltorstraße 5

Tassilo Krlonke
Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 3/9

Keine Stempelstelle ohne Delegierte zur Konferenz am 21. Juni!

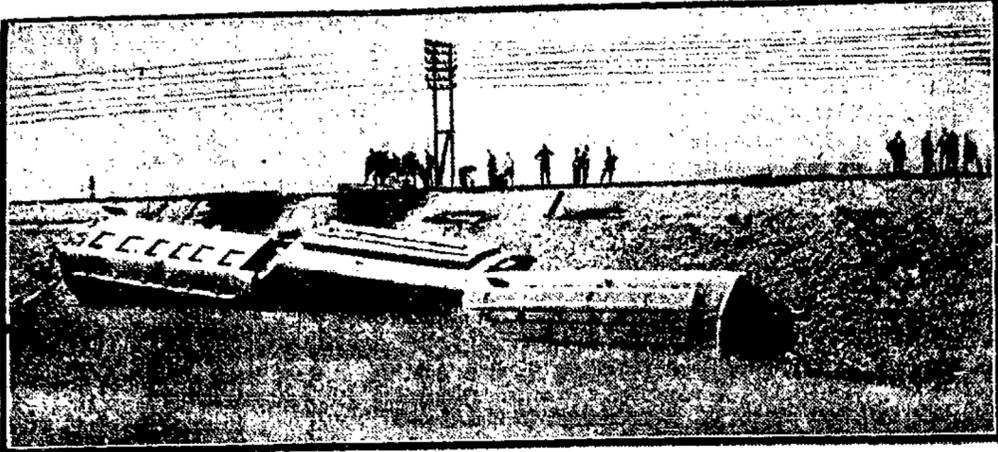
RUND UM DEN ERDBALL

Das Eisenbahnunglück bei Anna

1 Todesopfer, 16 Schwer- und 30 Leichtverletzte — Wer trägt die Schuld?

Samstag, 12. Juni.
Nach einer von Bahn-
amtlicher Seite heraus-
gegebenen Liste sind
bei dem schweren Eisen-
bahnunglück, das sich
am Sonnabend abend
zwischen Anna und
Wönnen ereignete,

14 Personen verletzt
worden, davon 16
schwer, 30 Verletzte
wurden dem Kranken-
haus in Hamm, 14
Verletzte und die ge-
tötete Frau Kranken-
anstalten in Anna zu-
geführt. Bei den Ver-
unglückten handelt es
sich größtenteils um
Reisende aus Westfalen.



Das Unglück ereignete sich in der sogenannten Bodenentlung
Heeren-Werlde. Es sprang zunächst der hintere Zugteil aus den
Schienen und rutschte die steile Böschung hinunter. Kurz darauf
folgte die andere Wagen unter großem Getöse. Wertwürdiger-
weise blieb nur die Lokomotive auf den Schienen. Die zertrüm-
merten Wagen sind zum Teil über und über mit Schlingpflanzen
bedeckt, die bei dem Sturz aus der Erde gerissen wurden. Auf die
Hilferufe der in den Wagen eingeschlossenen Reisenden eilten
Johlerse Bewohner der umliegenden Häuser herbei. Die Bergung der
Verwundeten gestaltete sich infolgedessen sehr schwierig, als
sie über Lauffege hinweg die hohe Böschung hinaufbefördert
werden mußten, weil nach der anderen Seite die Unfallstätte
durch das Wasser abgeperrt war. Während der Rettungsarbeiten
spielten sich erschütternde Szenen ab. So lief eine Frau in höchster
Erregung auf dem Bahndamm umher und schrie verzweifelt nach
ihrem Kinde. Ein Eisenbahnarbeiter konnte nur mit Mühe ge-
rettet werden. Auch die Befreiung eines Beamten, der im Gepäck-
wagen eingeklemmt war, gestaltete sich sehr schwierig. Der Mann
der bei dem Unglück ums Leben gekommenen Frau Hellbötter
hat einen Arm verloren, während das Kind des Ehepaars schwere

Kopfverletzungen davontrug. Nach einer privaten Mitteilung soll
es bereits gestorben sein. Mehrere Verletzte haben schwere
Schädelbrüche davongetragen, andere innere Verletzungen oder
Schnittwunden.

In letzter Zeit häufen sich die Zugentgleisungen. Zusammen-
stöße. Es wächst die Zahl der Opfer, sowohl unter den Reisenden,
als auch unter den Eisenbahnarbeitern und -beamten. Solche
Ereignisse in häufiger Aufeinanderfolge sind kein Zufall. Wer
trägt die Schuld? Wir haben schon bei früheren Anlässen darauf
hingewiesen und betonen es heute von neuem: Die Hauptursache
dieser häufigen Entgleisungen sind die zahlreichen Entlassungen
von Arbeitern und Beamten durch die Eisenbahnverwaltung.
Rücksichtslos wird abgebaut, und dieser Abbau
beigert die Unsicherheit auf den Eisenbahnen,
führt schließlich dazu, daß ein Eisenbahnunglück
sich an das andere reiht. Es muß Schluß gemacht werden
mit diesem rücksichtslosen Abbau. Ja, es ist notwendig, daß durch
Wiedereinstellungen die Eisenbahner entlastet
werden und ihre Aufgabe erfüllen können.

Explosion in chemischer Fabrik

Zwei Todesopfer

Dresden, 13. Juni. Am Sonnabendabend er-
eignete sich im Versuchslaboratorium der chemischen
Fabrik von Seyden in Dresden-Neudeck eine Sel-
tenheit, bei der zwei Arbeiter schwere Verletzungen
erlitten. Während einer bereits auf dem Weg ins
Krankenhaus war, erlag der andere nach wenigen
Stunden ebenfalls seinen schweren Verletzungen.

Beim Brunnenbau verschüttet

II. Paris, 13. Juni. In Bourg ist eine ganze Kompanie
Pioniere damit bemüht, einen in 25 Meter Tiefe eingeschlossenen
Brunnenbauer zu retten, der am Donnerstag durch einen Erd-
rutsch verschüttet wurde. Nachdem es am Freitag gelungen war,
ihm von oben herab ein Luftzylinder zuzuführen, führten am
Sonnabend neue Erdmassen nach, die das bis dahin unternommene
Hilfswerk wieder vernichteten. Der unglückliche Brunnenbauer,
der nunmehr bereits über 96 Stunden lebendig begraben ist, gab
noch am Sonntag Lebenszeichen von sich. Die Pioniere arbeiten
nunmehr sieberhaft an der Aushebung eines Schachtes, um auf
diese Weise zu dem Eingeschlossenen zu gelangen. Man hat die
Hoffnung nicht aufgegeben, den Unglücklichen zu retten.

Vier Reichsmehrwaldaten getötet

(II.) Schlei, 13. Juni. Am Sonntag früh ereignete sich in
Schlei ein schweres Kraftwagenunglück, bei dem vier Reichsmehrwaldaten
getötet wurden. Ein Reichsmehrkraftwagen mit acht Ins-
assen, der von einer Uebung aus Saalfeld kam und auf der
Rückfahrt nach Potsdam war, fuhr in der steilen Kurve in der
Hofstraße aus bisher noch unaufgeklärter Ursache gegen einen
Baum und wurde in den Straßengraben geschleudert. Der Führer
des Wagens war sofort tot. Drei Gefreite starben bald nach ihrer
Einlieferung in das Krankenhaus, wo noch ein Schwerverletzter
und drei Leichtverletzte liegen. Von der Staatsanwaltschaft wurde
sofort eine Untersuchung eingeleitet. Der Kraftwagen ist voll-
ständig zertrümmert.

Eine Straße wird gestohlen

III. Warschau, 13. Juni. Auf einer Chaussee in der Umgebung
Warschaws ist in der vergangenen Nacht ein Teil des Straßen-
pflasters gestohlen worden. Die Diebe haben das Pflaster — es
handelt sich um Holzwürfel — von dem Unterbau losgelöst und
auf einen Wagen geladen. Sie konnten unerkannt entkommen.
Dies ist nicht der erste Fall, daß in Warschau solche turigen Dieb-
stähle begangen wurden. Es gab schon Fälle, wo ganze Holz-
schwunden, ja Schienenstränge einer Vorortbahn spurlos ver-
schwunden sind.

Mit dem Wasserrad in 13 Stunden über den Kanal

IV. London, 12. Juni. Der 51jährige Holländer Gerrit
Schilperoot ist mit einem Wasserrad über den Kanal gefahren.
Er war am Sonnabend vormittag in Calais abgepart und trotz
nach 13tündiger Fahrt um 20 Uhr völlig erschöpft in Dover ein.

Elbehochwasser in Mecklenburg

Deichbruch bei Bömitz

III. Schwerin, 13. Juni. In der Nacht zum Sonnabend
hat das Hochwasser der Elbe bei der Garzer Schleuse zu einem
Deichbruch geführt. Mit ungeheurer Gewalt drang gegen 1 Uhr
morgens das Wasser in die Weidenniederung ein. Die gesamten
Bewohner der benachbarten Dörfer wurden zu Rettungsmä-
nahmen aufgeboten. Es gelang, das Vieh von den überfluteten
Weiden in Sicherheit zu bringen. In den Mittagstunden des
Sonnabends konnte die Bruchstelle des Deiches gestopft werden.
Die Bömitzer Sommerdeiche konnten bisher noch gehalten werden.
Tag und Nacht sind die Bewohner mit der Erhöhung der Deiche
beschäftigt.

Nach aus der Pommerhager Elbegegend werden Hochwasser-
stadien gemeldet. Die Ueberflutung der Niederungen ist unge-
heurer. Das benachbarte, an der Elbe gelegene Dorf Gorthmann
ist auf direktem Weg nicht mehr zu erreichen. Die Weidenniederung
zwischen der Berlin-Hamburger Chaussee und dem Dorf gleicht
einem See. Glücklicherweise hat das Heu dank der anhaltenden
trockenen Witterung der letzten Tage aus dem gefährdeten Ge-
biet geborgen werden können. Auch die Feldmark hoch ist durch
das Hochwasser stark verunreinigt.

Ein Automobilmuseum in Moskau

In Moskau wird demnächst im Zentralpark für Kultur und
Erholung ein besonderes Automobilmuseum errichtet werden. Das
Museum soll die Entwicklung des Automobilverkehrs und des
Automobilverkehrs im alten und neuen Rußland veranschaulichen.

Der Ozeanflieger Hausner lebend geborgen



III. London, 13. Juni. Der englische Ozeandampfer „Circus“
Shell-Gesellschaft hat den seit einer Woche vermissten Ozean-
flieger Hausner 500 Seemeilen westlich von Spitzbergen lebend
geborgen.

Hausner war am Freitag, dem 3. Juni, vom amerikanischen
Flugplatz Floyd Bennett zum Flug nach Warschau gestartet. Seit
dieser Zeit fehlt jede Nachricht von ihm.

Schweres Verkehrsunfall in Bielefeld

III. Bielefeld, 13. Juni. Der Motorradfahrer Ewald Meyer
aus Ahle bei Bünde, der mit seiner Frau Elli Oberpennig aus
Ennigloh in Bielefeld Verwandte besuchen wollte, stieß an einer
Straßenkreuzung unmittelbar vor dem Ziel der Fahrt mit einem
holländischen Autobus zusammen. Das junge Mädchen wurde auf
der Stelle getötet, während der Bräutigam, der mit seiner
Machine eine längere Strecke von dem Autobus mitgeschleift
wurde, so erhebliche Verletzungen erlitt, daß er auf dem Trans-
port zum Krankenhaus starb.

Warum geht es in Moskau vorwärts?

Moskaus Proletariat baut eine Musterstadt

Untergrund und Hafen

Tag und Nacht, Schicht auf Schicht kriechen Tausende und aber
Tausende Arbeiter wie Ameisen in den Straßen umher, graben sich
in die Erde ein, werfen riesige Sand- und Steinwälle auf, klettern
auf riesigen Gerüsten an den Häuserfassaden empor, alles wird
abgedeckt. Moskau gleicht einer einzigen großen Baustelle. Hier
wird eine ganze Straße aufgerissen und an Stelle des halbrunden
Pflasters glanz nach einigen Tagen bereits eine glatte Asphalt-
fläche. Im Zentrum, nahe dem Theaterplatz, bohren Kolonnen
20 Meter unter der Erdoberfläche den ersten Stollen der ersten
Moskauer Untergrundbahnlinie, die noch in diesem Jahr in
Betrieb genommen wird. Dort wieder wird eine ganze Häuser-
front aufgeschodt, ausgebaut. Gar nicht zu reden von den neuen
Häusern, die an der Peripherie Moskaus aus dem Boden wachsen,
von dem Bau des Moskauer Hafens, der der größte Binnenhafen
der Welt sein wird, vom Kanal Moskau—Wolga, von den neuen
Nischenbetrieben wie das Radfahrwerk, das in wenigen Tagen seine
Produktion aufnimmt. Überall wird Neues geschaffen, überall
herrscht größte Geschäftigkeit.

Wir denken an die Stadt Berlin mit ihrem Abbau, mit ihrer
bleiernen Krise. Wo liegt das Geheimnis des Moskauer Fort-
schritts?

Versammlung der Arbeit

An der Quelle, im Moskauer Sowjet, werden wir Ausschluß
erhalten. Im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses sitzen
am 26. Mai dichtgedrängt die gewählten Vertreter der Moskauer
Arbeiterschaft. Keine Gewerkschafts- und Krankenkassenbonzen,
wie sie die Fäden des „Roten Hauses“ (nur der Farbe wegen)
drüden. Keine, Arbeiter und Arbeiterinnen der Moskauer Betriebe,
die heute noch an der Werkbank stehen und genau wissen, wo der
Schuh drückt. Kein Betrieb fehlt, weder die großen — Autowerk
„Stalin“, Elektrojamod, Dynamo, Kugellager, noch die kleineren,
rote Kaja, Federfabrik Zemplarska. Eine Versammlung der
Arbeit!

Eine Million Quadratmeter

Der erste Redner betritt die Tribüne. Keine jammernde Rede
eines Oberbürgermeisters über die „schlechten Zeiten“, über die
Notwendigkeit zur „Sparpolitik“. Zwar auch er spricht über
Schwierigkeiten. Nur sind sie anderer Natur. Die Schwierigkeiten,
von denen er redet, liegen daran, daß es nicht so schnell auf

allen Gebieten vorwärtsgeht, als es sein sollte und sein muß.
Er spricht über Moskauer Wohnungsfragen. Ein schwieriges
Problem. Denn die Moskauer Arbeiterschaft hat sich ein geringes
Programm für das Jahr 1932 vorgenommen: Eine Million
Quadratmeter neuer Wohnfläche für 170 000 Menschen zu bauen!
Und dazu noch für 47 Millionen Rubel Häuserreparaturen.
47 Millionen. Das ist fast zweieinhalbmal soviel als im Vor-
jahr. Und damals wurden bereits für 21 Millionen Rubel
10 000 Moskauer Häuser von Grund auf renoviert. Aber das
Tempo ist noch zu langsam, es muß viel rascher gehen, denn die
Moskauer Arbeiterschaft will in sauberen, gesunden Wohnungen
leben.

Kritik

Die Arbeiterdeputierten sprechen. Sie sprechen scharf, sie
kritisieren offen, sie zeigen die wunden Stellen auf. Aber sie
machen alle praktische Vorschläge, wie die Arbeit zu verbessern ist.
„Wir“, so erzählt der Arbeiter Rumjanzew aus dem Elektrowerk,
„haben die Patenschaft über zwei Straßen, die Elektrowerkstraße
und die Buschennimowskistraße, übernommen. Dreißig Patenschafts-
brigaden der Arbeiter unseres Betriebs wurden gebildet, die auf
die verschiedenen Hausverwaltungen aufgeteilt sind. (Die Haus-
verwaltungen in der Sowjetunion, die sogenannten „Schakte“,
bestehen aus den in der Mieterversammlung des entsprechenden
Hauses gewählten Vertretern der Mieter!) Diese Brigaden
sorgen für die rechtzeitige und sachgemäße Durchführung der
Reparaturen, helfen in der Aufstellung der Kostenvoranschläge,
bei der Beschaffung der Baumaterialien usw.“ Einzig notieren
sich die übrigen Deputierten dieses glänzende Beispiel zur Nach-
ahmung.

Praktische Durchführung

Die Sitzung ist geschlossen. Die Deputierten gehen zurück in
die Betriebe, erlangen Bericht, geben Rechenschaft vor den Ar-
beitern für ihre Arbeit im Moskauer Sowjet, legen mit
ihren Wählern die Maßnahmen zur praktischen
Durchführung der Weisungen fest, die die proletarische
Regierung Moskaus beschloß.

Wißt ihr jetzt, warum es in Moskau vorwärts geht und in
Deutschland immer mehr abwärts?

Waldenburg

Der Kampf in einheitlicher Front geht weiter

Waldenburg. Wie wir schon am Sonnabend berichteten, werden auf Beschluß des Kreisratschusses die alten Richtsätze in den Gemeindefinden, in denen eine Durchführung der Kürzung nicht möglich ist, wieder voll ausgezahlt. Dazu meldet die „Bergwacht“, daß dieser Beschluß ein „Erfolg der Sozialdemokratie“ sei. Besonders hervorzuheben wird der Name Köppler. Die Leser der „Bergwacht“ sind gemäß schon allenthalben Tabak gewöhnt. Daß sich die SPD-Führer auch noch diesen Erfolg in die Tasche stecken, ist mehr als Größenwahn.

Wir fragen: Warum beschloß der Kreisrat auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten überhaupt erst die Kürzung?

Warum führte die sozialdemokratische Gemeindevorsteher die Kürzung durch? (Siehe Vorgänge in Dittersbach usw.)

Wir fragen weiter, wer hat geschwindelt, Herr Brode oder der Vorsitzende der Organisation der Landgemeinden?

Brode erklärte in einer Erwerbslosenversammlung in Sandberg, laut Bericht der „Bergwacht“ vom 9. Juni, daß die Gemeindevorsteher an den Kreisrat herantreten und mitgeteilt haben, daß sie nicht mehr in der Lage sind, Zahlungen zu leisten, wenn die Richtsätze nicht heruntergesetzt werden. Erst darauf sei der Beschluß im Kreisrat zustande gekommen.

Auf diese Erklärung folgte in der „Bergwacht“ vom 10. Juni untenstehende Berichterstattung der Kreisabteilung Waldenburg im Landgemeindevorstand Niederschlesien. „In Ihrer Zeitung (der „Bergwacht“, Red.) vom 9. Juni 1932 wird unter der Überschrift: „Eiserne Front protestiert gegen Unterstützungs-kürzungen“ in einer Versammlung aus Ober-Salzbrunn-Sandberg mitgeteilt, daß der Referent Herr Brode erklärt hat, daß die Gemeindevorsteher an den Kreisrat herantreten und ihm mitgeteilt haben, nicht mehr in

Non Sozialdemokratische Arbeiter
wirbt unsere Broschüre **„Her zu uns“**
PREIS 10 PF.

der Lage zu sein, Zahlungen zu leisten, wenn die Richtsätze nicht heruntergesetzt werden. Erst darauf hin kam der Beschluß im Kreisrat zustande.“ Dies entspricht nicht den Tatsachen. Der letzte Kreisratsschluß auf Herabsetzung der Richtsätze ist im Gegenteil ohne Zustimmung mit der Organisation der Landgemeinden gefaßt worden. Während sie sich in der „Bergwacht“ herumtreiben, wer der Schuldige an dem Raubverbrechen ist, stellen wir klar und eindeutig fest:

Zu verdanken ist dieser Erfolg einzig und allein dem geschlossenen Abwehrkampf in allen Gemeinden, in denen der Raub versucht wurde. Zu verdanken allein dem starken Willen der sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter, die auf der Straße die Einheitstfront gegen den geplanten Abzug herstellten. Das festzustellen, ist natürlich den Herren SPD-Führern recht unangenehm. Ein Beweis aber, daß der Wille zur roten Einheitstfront trotz aller Hindernisversuche der verbürgerlichten und fatten Führer in einem Maße anwächst, das für sie zur Gefahr wird.

Nach diesem Erfolg heißt es nicht, auf den Lorbeer ausruhen, sondern rüsten zu neuen Kämpfen, damit wir auch bereit sind, wenn ein neuer Unterstützungsraub droht.

Freiburger Erwerbslose in der Kampffront

Freiburg. Die am 3. Juni tagende Erwerbslosenversammlung nahm Stellung zur letzten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Sie anerkennt die Notwendigkeit, eine geschlossene Abwehrfront zu schaffen gegen weitere Verfallbeschlüsse ihrer Lebenslage. Sie wendet sich gegen die Sabotageversuche, von welcher Seite diese auch kommen mögen. Sie stimmt zu den Forderungen des Reichsausschusses der Erwerbslosen, welche im kommunistischen Geisteswahn zur Arbeitsbeschaffung und Sicherung der Existenz der Erwerbslosen veranfaßt sind. Sie tritt ferner für den gemeinsamen Kampf gegen jeden weiteren Unterstützungsabbau ein.

Zu diesem Zweck wird ein möglichst breiter, alle Schichten umfassender Kampfausschuß gebildet. Dessen Aufgabe wird es sein, die Veranlassung eines kritischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, sowie Bildung von Schutzstaffeln gegen Faschismus und Ermittlung in Angriff zu nehmen.

Der Pflichtarbeiterstreik in Schlichtingsheim bei Glogau

Es wird gestreikt bis zur Erfüllung der gestellten Forderung nach tariflicher Bezahlung — Reichsbanner-, SPD- und KPD-Arbeiter in gemeinsamer Kampffront

Schlichtingsheim, Kreis Krausnick. Am Sonnabend berichteten wir bereits über den Streik der hiesigen Pflichtarbeiter. Die Ermüdung der Pflichtarbeiter war besonders groß, da sie regelrechte Zwangsarbeit ohne jegliche Entschädigung machen mußten. Jeder Erwerbslose war verpflichtet, 16 Stunden in der Woche zu arbeiten. Die Jugendlichen bekamen dafür ganze 2 Mark Unterstützung. Die Pflichtarbeiter waren sich sehr rasch über den zu beschreitenden Weg einig. So kam ein Kampfausschuß bestehend aus je einem SPD-, KPD-, parteilosen und NSDAP-Arbeiter zustande, welcher dem Bürgermeister die Forderungen der Erwerbslosen vorbrachte.

Kommunistische Arbeiter mobilisierten gemeinsam mit den Reichsbanner-Kameraden die Erwerbslosen der gesamten Stadt zu einer gemeinsamen Versammlung, die sehr gut besucht war.

Unter den anwesenden Arbeitern bestand volle Einmütigkeit über den Kampf gegen die Pflichtarbeit für tarifliche Löhne. Am Dienstag waren die Stadtverordneten versammelt, um über den Pflichtarbeiterstreik sich den Kopf zu zerbrechen. Die Erwerbslosen versammelten sich mit ihren Frauen vor dem Rathaus. Der Genosse Magdau als Stadtverordneter sprach über die Anträge der Pflichtarbeiter und forderte tarifliche Bezahlung. Als den Erwerbslosen bekannt wurde, daß die bürgerlichen Stadtverordneten die Forderungen der Pflichtarbeiter nicht bewilligten, bemächtigte sich ihrer eine ungeheure Erregung.

Es wurde gemeinsam der Entschluß gefaßt, weiter zu streiken, bis die Forderungen restlos erfüllt sind.

Hunger herrscht im Neuroder Industriegebiet

Bergarbeiter, Erwerbslose und Berginvaliden nagen mit ihren Familien am Hungertuch. Mit dem Erfahren der Wenzeslausgrube erfährt die letzte Hoffnung auf Arbeit durch das kapitalistische System — Jetzt gekämpft in roter Einheit

Neurode. Die neuen Hungermaßnahmen der Pavenregierung treffen besonders hart die Bevölkerung im Neuroder Industriegebiet. Die dortige Industrie gleicht einem Friedhof. Nur noch wenige Arbeiter sind im Bergbau beschäftigt. Diese erhalten einen Hungerlohn, ihre Familien, ihre Kinder und sie selbst müssen hungern. Die große Mehrzahl der Arbeiter ist erwerbslos und geht in alten abgetragenen Kleidern. Keine Arbeiter, die sich unter vielen Entbehrungen ein kleines Häuschen oder ein Stückchen schlechten Acker angeeignet hatten, sind verdrängt, so daß sie heute nicht wissen, was morgen mit ihnen geschehen wird. Nachfolgende Berichte geben ein deutliches Bild von dem grenzenlosen Elend.

Der Lohnzettel eines Arbeiters, der im Bergbau arbeitet, zeigt das Hungerleben der noch auf der Grube beschäftigten Kameraden auf. Dieser Arbeiter hat vier Kinder. Sein Lohnzettel sieht folgendermaßen aus:

Gesamtlohn für 23 Schichten (einschließlich 10,35 $\frac{1}{2}$ Hausstands- und Kindergeld)	111,03 $\frac{1}{2}$
Abzüge:	
Knappschaftsbeiträge	17,53 $\frac{1}{2}$
Bürgersteuer	4,50 $\frac{1}{2}$
Miete, Pacht	11,65 $\frac{1}{2}$
Licht	3,80 $\frac{1}{2}$
Ausbezahlter Lohn:	76,55 $\frac{1}{2}$

Der Lohn von 76,55 Mark wurde in einem Monat verdient, ergibt also pro Tag für 6 Personen 2,55 Mark oder 42 Pfennige pro Tag und Kopf.

Das Leben der erwerbslosen Kumpels

Wir haben im vorhergehenden die Lebensverhältnisse der noch im Betrieb stehenden Bergarbeiter geschildert. Das Leben der erwerbslosen Bergarbeiter ist entsprechend noch viel elender. Ein Kumpel, der früher in der Wenzeslausgrube beschäftigt war, schreibt uns: Im Jahre 1930 war ich noch ledig und bekam als Grubenkumpel über Tag einen Schichtlohn von 5,21 Mark. Der Durchschnittslohn im Monat war 120 bis 130 Mark. Jetzt bin ich verheiratet und habe zwei Kinder. Seit Stilllegung der Wenzeslausgrube bin ich arbeitslos. Ich bekomme jetzt im Monat 60 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Die wöchentliche Aufteilung dieser Unterstützung für die 4-köpfige Familie sieht folgendermaßen aus:

Nahrungsmittel	12,-- $\frac{1}{2}$
Licht und Miete	1,20 $\frac{1}{2}$
Tischler (Abzahlung)	2,-- $\frac{1}{2}$
Holz	0,50 $\frac{1}{2}$
Kohle	1,50 $\frac{1}{2}$

Gesamtsumme: 17,20 $\frac{1}{2}$

Mehr steht nicht zur Verfügung. Für Neuanschaffung von Kleidung oder Waache, für Beichten der Schuhe, für Tabak, Haarschneiden, Rasieren usw. bleibt also nichts mehr übrig.

Ähnlich ergeht es dem erwerbslosen Bergarbeiter Schw.

Dieser hat 13 Morgen Acker achtzehnter Bodenklasse. Für sich und seine zwei Kinder bekommt er 250 Mark Waisenunterstützung. Seine Steuer kann er längst nicht mehr bezahlen. Er ist 10 Mark rückständig. Der Gemeindevorsteher Zimmermann drohte ihm, er soll die Steuer sofort bezahlen, das könne er gut, da er von der Gemeinde ja noch 250 Mark Unterstützung erhalten würde.

In Konigswalde lebt der erwerbslose Bergarbeiter W. Derselbe ist bereits Wohlfahrtsunterstützung. In früheren Zeiten hat er bei einem Bergarbeiter, der sich ein Häuschen baute, 200 Mark als Hypothek eingetragen. Das Wohlfahrtsamt drohte jetzt mit Sperre der Unterstützung und verlangte von dem erwerbslosen Bergarbeiter, daß er die 200 Mark Hypothek gerichtlich auf die Gemeinde übertragen soll. Der Bergarbeiter kam diesem Verlangen nach.

Auf diese Art hat die Gemeindebehörde es verstanden, noch in sieben Fällen den Bergarbeitern ihren letzten Pfennig zu nehmen.

In Dberathen lebt der erwerbslose Brauereiarbeiter M. Er hat vier Kinder und besitzt ebenfalls ein kleines Häuschen. Auf dieses Häuschen hat die städtische Sparkasse 4000 Mark Hypothek eingetragen, die mit 9 Prozent verzinst werden. Der Arbeiter ist mit 70 Mark Zinsen im Rückstand. Er bekommt in der Woche 17 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Da er gewillt ist, die rückständigen Zinsen abzubezahlen, schied er seine Frau und den 17-jährigen Sohn zur Arbeit bei einem Gutbesitzer. Die Frau erhielt für diese Arbeit 19 Pfg. Stundenlohn, der Junge 10 Pfg. Da jetzt die Frau in Arbeit stand, drohte die Gemeinde, dem Arbeiter die Unterstützung zu sperren. Auch dieses Beispiel zeigt, wie man der erwerbslosen Bevölkerung selbst den letzten Pfennig abjagen will.

Ein weiteres Beispiel dieser elenden Lage, in das Leben des Berginvaliden G. in Hausdorf. Dieser ist vollständig arbeitsunfähig. Er hat sechs Kinder. Die Unterstützung beträgt monatlich 17,60 Mark Rente, für seine Frau 27,60 Mark, außerdem zahlt ihm die Gemeinde 12 Mark Armenunterstützung im Monat. Ein erwachsener Sohn und eine Tochter sind erwerbslos zu Hause. Der Sohn bekommt monatlich ganze 3,30 Mark Unterstützung. Das zwanzigjährige Mädchen erhält überhaupt keine Unterstützung. Sie müssen beide von den insgesamt 57,20 Mark, die der Berginvalid an Unterstützung erhält, ernährt werden!

Die Neuroder Bevölkerung braucht Arbeit! Die Verwalter des kapitalistischen Systems lassen die Wenzeslausgrube erkaufen und damit die Hoffnung der Arbeiter auf Besserung ihrer Lage, auf Arbeit und Brot durch dieses System. Durch diese Tatsache wird der Neuroder Bevölkerung erneut der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft vor demonstriert.

Der einzige Ausweg für die Neuroder Arbeiter, für die gesamte werktätige Bevölkerung ist der Klassenkampf, so wie er in den letzten Tagen und Wochen von den Erwerbslosen im Waldenburger Hungerland und in Zagan geführt wurde. Alle Arbeiter und Werktätigen muß nur von dem einen Willen befeuert sein:

Schluß mit dem Hunger und gekämpft in roter Einheit! Entfesselt auch im Neuroder Industriegebiet die antifaschistische Aktion gegen Hunger, Faschismus und Krieg!

Der erste Schritt zur Einheit in Ströbel

Kampfausschuß mit SPD-, parteilosen und KPD-Arbeitern gebildet — Sofortige Wiedereröffnung der Steinbruchbetriebe und Aufhebung der Arbeitsdienstplicht gefordert

Ströbel. Das hiesige Ortskomitee der KPD hatte die Arbeitererschaft zu einer gemeinsamen Versammlung aufgerufen, um die ersten Schritte zum gemeinsamen Kampf der SPD-, parteilosen und KPD-Arbeiter zu machen. Der SPD-Arbeitsratgeber Kubil (bekannt als Sozialkassier) hatte die Genehmigung der Versammlung davon abhängig gemacht, daß nur Arbeiter aus Ströbel teilnehmen. Die Landjäger aus der gesamten Umgebung wurden angefordert. Diesmal versuchte der SPD-Gemeindevorsteher Lachmann aus Marzdorf die Versammlung zu stören. Über das Thema: „Wie schaffen wir die rote Einheitstfront zum Kampfe gegen Lohnraub, Massenentlassungen und Unterstützungsabbau?“ sprach der Genosse Steiner. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf Hand von örtlichen Beispielen, daß die Führer der SPD- und Gewerkschaften nicht im

Interesse der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter handeln. Außerdem sprach noch besonders überzeugend der Genosse Klein-Waldenburg. Den anwesenden Arbeitern und Arbeiterfrauen aus Ströbel wurde die Notwendigkeit der Einheitstfront klar.

Es wurde ein Kampfausschuß gewählt, dem ein Mitglied der SPD, zwei parteilose Arbeiter und zwei Kommunisten angehören.

Die Versammelten gelobten, für folgende Forderungen gemeinsam zu kämpfen:

1. Wiedereröffnung der stillgelegten Steinbruchbetriebe.
2. Einstellung des Mietabzuges seitens der Gemeinde von der Wohlfahrtsunterstützung.
3. Gewährung von Mietbeiträgen.
4. Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe für langjährige Erwerbslose in Höhe von 10, 15 und 20 Mark.
5. Aufhebung des freiwilligen Arbeitsdienstes, dafür Bezahlung von Tariflohn.
6. Verhinderung des beschleunigten Unterstützungsraubes.
7. Beibehaltung der dritten Lehrstelle in der kathol. Schule.

Die Mittel zur Erfüllung dieser Forderungen sollen durch Einführung einer Millionärsteuer, Abbau der Gehälter für Minister und hohe Beamte, Einstellung der Zahlungen an die Dohsenpöcker und andere Fürsten im Reich aufgebracht und an die Gemeinden überwiesen werden.

Die hiesige Arbeitererschaft ist sich bewußt, daß die Erfüllung ihrer Forderungen im Bereich des Möglichen liegt, wenn jeder Arbeiter, auch der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte, gewillt ist, in roter Einheitstfront mitzukämpfen. Der erste Schritt dazu ist gemacht! Durch eine intensive Werbe- und Aufklärungsarbeit muß der letzte SPD-Arbeiter eingereicht werden. Ströbel muß wieder eine rote Hochburg werden!

Berichtigung. Der Betriebsrat der Fa. „Schleifische Bergwacht“ sendet uns auf Grund des Pressegesetzes folgende Berichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß die Ferien oder Ferienbezahlung des Personals der „Schleifischen Bergwacht“ um 50 Prozent gekürzt werden sollten.
2. Es ist ferner nicht wahr, daß eine Abwehr des technischen Personals wegen Ferienverweigerung stattgefunden hat. Wahr ist vielmehr, daß die „Bergwacht“ die Ferien ungekürzt und hundertprozentig auszahlt, obwohl die Anzahl der Ferientage weit über das tarifliche Maß hinausgeht.

Da ladet die ganze Zelle -



FRAGE NAL DEINEN GOSMANN

Und alles für einen Groschen!

Arbeiterkorrespondenten!

Sendet Berichte über die antifaschistische Aktion

Weißstein

Hugo Müller, Fa. Otto Müller, Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel und Spirituosen - Hauptstr. 72

Fleisch- und Wurstwaren E. Wendler Konradsthaler Str. 22

Zigarrenhaus Heinz Worbs Konradsthaler Straße 23

Lebensmittel-Zentrale W. Hoffmann Konradsthaler Str. 20

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Kurt Freundel, Konradsthaler Str. 1

Fleisch- und Wurstwaren Erich Gehler Hartauer Weg 4

W. Lachnit, Hartauer Weg 3 Kolonialwaren, Feinkost

Brot- und Feinbäckerei Max Schäl, Salzbrunner Straße 53

Ernst Lantz, Salzbrunner Straße 46 Reste- und Partiewaren-Haus

Bernhard Seidel, Salzbrunner Str. 3 Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert 15 W. Schweitzer & Sohn Schuhe - Leder

Weißein - Gottesberg - Salzbrunn

Brot- und Feinbäckerei R. Pichmann, Hauptstraße 62

Kauft Uhren und Goldwaren bei Rudolf Völkel, neben Bürgerheim, Brühlentiering an alle Kassenmitglieder

Kaufhaus Hanke, Hauptstr. 115

Karl Wiewert, Hauptstraße 129 Möbel, Sprechmaschinen, Kinderwagen, Spielzeug

Milch- und Molkereiprodukte Molkereigenossenschaft Gr. Dandig Hauptstraße 174

Willy Heyne, Hauptstraße 174, Tel. 1963 Kolonialwaren, Feinkost, Spirituosen, Schokolade, Tabakwaren, Ausfuhrgegenstände

Gottesberg Fleischer Richard Paul Heydstraße Nr. 12

Kolonialwaren - Drogen Klaus Meißner, Landeshuter Straße 9

Das Möbelhaus der Werktätigen ist seit 1947 6. Thienstr., Inh. Fr. Franke

Qualitäts-Möbel kaufen Sie billig und gut im Möbelhaus R. Herzog Fürstensteiner Straße 15

Reserviert Franz Veit, Landeshuter Straße 7

Trinkt Milch aus der Molkerei Gottesberger Molkerei Schützenstraße 5

Alfons Grammel, Fürstensteiner Str. 14 Kolonialwaren u. Delikatessen

Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren Fürstensteiner Straße 3

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren bei Paul Feige Gottesberg, Friedland, Felhammer

Reserviert

Brot- und Feinbäckerei Hilbert Büdert, Landeshuter Straße 32

Reserviert 100

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Striegau

Billige Schuhe bei Heinemann Wittigstraße 49965

Glas, Porzellan, Emaille, Stahlwaren billigst bei G. Keller, Güntherstr. 23

Merkur-Drogerie C. B. Opitz Inhaber: Manfred Kalms

Kauft Stoffe, Wäsche, Strümpfe, bei Larisch, Ring Nr. 14

BEKLEIDUNGSHAUS OSTROWER, RING 48

Fordern Sie stets Kühnpast-Korn!

Oskar Bock, Wittigstraße 10 Weinhandlung, Kolonialwaren

Schweidnitz

LOSE zur Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie u. sämtliche Privatlose bei Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme, Bögenstr. 6

Kauft Schuhe bei Groß, Ring 16

Ernst Fuchs, Inh. Kurt Nothenberg Lang-, Ecke Croischstraße 5 Prozent Rabatt

Billige Gelegenheitskäufe Pfandleihgeschäft H. Janowsky Bahnhofstraße 21

Herbert Kunze, Reichenbacher Str. 8 Schnittwaren - Trikotagen Bett- und Leibwäsche

Café - Restaurant „Schwarzer Bär“ Inh. Max Wiesner, Reichenbacher Straße 10

Wüstegiersdorf Schuhhaus Eduard Scholz Hauptstraße 45

Schützenhaus Kallwasser Beliebtes Ausflugslokal 15 Min. v. Bahnhof Ober-Wüstegiersdorf E. Strauch

Bekleidungshaus Hermann Löhrlig, Hauptstraße 3

Löwen-Drogerie Inh. Alfred Urban, Hauptstr. 15

Fahrräder - Radio Arthur Lampel, Hauptstraße 12 Eigene Reparaturwerkstatt

Ernst Teichmann, Hauptstr. 1 Kleiderstoffe Bettwäsche Haus- und Küchenwäsche Trikotagen Bei Barzahlung 5 Prozent Rabatt

Landeshut

Blols Hempel, Inh. Ignatz Bender Waldenburger-, Ecke Oberstr.

Siegfried Barasch, Kirchstraße 13 Damen- und Herrenkonfektion - Schuhe Hüte, Mützen und Schnittwaren

Eugen Leyser, Kornstraße 6 Zigarren-Spezialhaus

ff. Fleisch- u. Wurstwaren / Frühstückstube Arthur Putzki, Markt 21

Paul Tschirner, Markt 19 Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren, Spirituosen, Weine

Fleisch- und Wurstwaren Wilhelm Canger, Hauptstraße 23

Oscar Wichtl, Hauptstr. 185 Bekleidung * Wäsche * Manufaktur

Rich. Simon, Hauptstr. 203 Fleisch- und Wurstwaren

Richard Martinus Destillation „Bergmannsbach“ 47300 Hauptstr. 34

Löwen-Drogerie Arthur Kalms, Ring 17

Mühle und Bäckerei G. Urban

Verlangt stets Haselbach- u. Schultheiss-Biere Paul Spertich, Gräben 1

Otto Kosmahl, Biergroßhandlung Fabrik alkoholfreier Getränke Wilhelmstraße 17

Karl Paul SCHNEIDER, Ring 5 Kleiderstoffe, Wäsche, Konfektion

Schwert-Drogerie Zentral-Drogerie Lang- Ecke Weite Kirchstr. 3 Bogenstraße 3 Spezial-Kräuterhaus Farben, Lacke, Pinsel

Aloys Beler, Schweidnitz Markt 23 Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Bögental (in Bögendorf) empfiehlt seine Lokalitäten für alle Veranstaltungen

Sind Deine Schuhe entzwei, laufe nur zur Schnell-Besohlerei gut und billig

Willy Tönsmann, Grabenstr. 1 Fahrradhausversand Ballon-Räder 50 Mark

Freiburg Erich Dresel, Landeshuter Str. 13 Manufakturwaren, Konfektion

Brot- und Feinbäckerei Carl Kalms, Polnitz, Blücherstr. 58

Bäckerei Rudolf Linger Sandstraße 33

Vorkostgeschäft Pauline Wildrich Landeshuter Str. 51

Besucht das National-Theater! Neumarkt Nr. 11 Kaffeebäckerei mit elektrischem Betrieb Lebensmittel, Spirituosen, Weine, Tabakwaren

Konradswaldau Rudolf Muschner, Dorfstraße 17 c Kolonialwaren, Bäckerei, Tabakwaren

Prima Fleisch- u. Wurstwaren Max Scholz Dorfstraße 18

Landeshut Reserviert W.

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße Nr. 9 Kolonialwaren, Feinkost

Bruno George, Schießhausstraße 29 Kolonial- u. Schenkwaren Haus- und Küchengeräte

„Judensaal“ am Bahnhof Jeden Sonntag großer Tanz

ff. Fleisch- u. Wurstwaren / Frühstückstube Herbert Neumann, Friedr. Str. 6

Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel aller Art, Tabake Anna Podolnik, Perschkestr. 2

Leo Stanietz, Markt 7 Damen-Kleiderstoffe

Saarau Kraftfahrzeuge, Fahrräder, Nähmaschinen Reparaturwerkstatt

Leder und Schuhmacherartikel Zigarren, Zigaretten, Tabake, Tabakpfeifen Hermann Reider, Mittelstraße 2

Waldenburg

Richard Gabriel, Kolonialwaren Hermannstraße 32 - Tel. 600

Billig und gut kaufen Sie im Kaufhaus Max Holzer Friedländer Straße 10

D. Korn Friedländer-Straße 7 Die gute Herren- und Knaben-Bekleidung Alleinverkauf der Fa. Laute Mosberg, Bielefeld

Teppiche / Linoleum Adolf Ernst, Gerberstr. 3

Konfektionshaus Max Silbermann Herren- u. Knaben-Bekleidung Weinrichstraße 17

Kauft bei Jacobsohn Gartenstraße 6

Oberwaldenburg Gustav Haule Chausseestr. 30 Uhren, Goldwaren, Radio, Schallplatten

Waldenburg-Altwasser Alfred Röhnisch, Breslauer Straße 57 Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Brot- und Feinbäckerei August Boghammer, Breslauer Str. 8

Altwasser Reserviert 15

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Wilh. Bürgel Charlottenbrunner Straße 60

Peterwitz Brot- und Weißbäckerei Alfred Neumann

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Sauer

Waren- u. Kohlenhandlung P. Grallert & Wolf

Warenhandlung OTTO GRALLERT

Kolonialwaren-, Fahrradhandlung Tankstelle mit den modernsten Einrichtungen Max Jähne

Herren-Friseur Erich Lippert

Fleischererei Bruno Kober Gastwirtschaft

Sarg-, Bau- und Möbeltischlerei Arthur Pilschke

Felhammer-Nord Brot- und Feinbäckerei Gerhard Jung, Hauptstraße 24

Fritz Leonhard, Eisenwaren Farben, Lacke, Pinsel

Brot- und Feinbäckerei Richard Ziffler, Hauptstraße 28

Verkehrslokal „Zum Mayrauschacht“

Brot- und Feinbäckerei Heinrich Kunert, Hauptstraße 29

Eduard Tschersich Schuhlager - Besohlenanstalt Felhammer-Nord

Felhammer-Süd Drogerie „zum Bergmann“ Hauptstraße 5 Farben - Lacke - Photo

Sophienau Kolonialwaren Alfred Steinberg, Hauptstr. 22

Reserviert 3

Obersalzbrunn Julius Just, Fürstensteiner Straße 18 die Einkaufsquelle der Werktätigen

Hermesdorf

Zigarren-Spezial-Geschäft Paul Bohlsdorfer, Inh. Oskar Hänsel

Bäckerei Zincker, Inh. Martin Hannusa empfiehlt Vollkornbrot und Eiermehl

Kolonialwaren Max Strozynski, Warmbrunner Str. 69

Drogen, Farben, Kolonialwaren Rubezahl-Drogerie

Brot- und Weißbäckerei Max Rücker, Mühlenweg 7

Kolonialwaren, Spirituosen, Tabake Waldemar Gatterl Augustendorfer Straße 4

Kolonialwaren, Spirituosen, Weine, Konserven Gebr. Helbig, Inhaber Kurt Helbig Wilhelm-Große-Straße 1

Reserviert Ida Zwiener, Hauptstraße 29 Billige Einkaufsquelle für Reste, Partiewaren, Bettfedern

Oskar Blase, Gottesberger Str. 25 Brot- und Feinbäckerei

Kauft bei A. R. Opitz Gottesberger Str. 8 - Böhmstr. 4

Kauft bei C. Knodh Reichssiedlung, Felhammergrenze

Bäckerei und Konditorei Johannes Bräuer, Gottesberger Str. 19

Arbeiter kauft Fleisch- u. Wurstwaren nur bei Alfred Fuhrmann gegenüber Glöckchill

Siegfried Jacob Niedrigste Preise, gute Qualitäten

Emil Bunzel, Gottesberger Str. 16 Kolonialwaren, Spirituosen

Steinseifen Alfred Böer Kolonial- und Textilwaren Fahrräder - Fahrradteile

Besucht den Gerichtskretscham Robert Meier

ff. Fleisch- und Wurstwaren Bernhard Hallmann, Dorfstraße 49

Hirschberg Erste Hirschberger Radiohilfe Exner & Knobloch, Schützenstraße 8 Radio-Spezialhaus

Friedrich Reinert Lichteberger Str. 14 Kolonialwaren

Hausfrauen verlangen in einschlägigen Geschäften reinen Gärungssesig

Buchdruckerei S. HAUSDORFF Langstraße 2

Gustav Hornig Großdestillation Drahtzieherstraße 12

Sie kaufen Qualitäts-Schuhwerk am vorteilhaftesten bei Gustav Moser Reparaturen schnell und sauber. Preise äußerst kalkulierte

Brot- und Feinbäckerei Erich Dombrowski Aeußere Burgstraße 21

Kraftverkehr Telefon 2988 Gebr. Schröter Braugasse 1 Vermietung von Personen und Lastwagen

Strümpfe Königsberger Wäsche

Stüwe „Goldenen Becher“ Drogen * Farben * Photo Langstraße 6. - Fil.: Warmbrunn, Schloßplatz Schmiedeberg, Post-Drogerie

Max Behrendt Das gutbekannte Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung Arbeitskleidung besonders billig

Besuchen Sie in Hirschberg Paul Ullrichs Künstlerspiele Täglich großes Komiker-Programm

Kopbauer's Beerdigungs-Institut Hirschberg i. R., Markt 29, Tel. 2027 erledigt bei billigster Berechnung Erd-, Feuerbestattungen, Ueberführung

Weißbandit Gorgulow wollte einen Schlag gegen die Sowjetunion führen

Nachdem die Voruntersuchung gegen den Weißbanditen Gorgulow, den Mörder des französischen Doumer, abgeschlossen ist und eindeutig alle an seine Person und seine Tat geknüpften antibolschewistischen Legenden zerstückt hat, schweigen die Pariser Blätter über den Fall. Sie begnügen sich mit der Meldung, daß der Prozeß im Juli vor den Pariser Geschworenen stattfinden wird. Sie haben den Fall Gorgulow für ihre Interventionshefte gegen die Sowjetunion ausgenutzt und sein Interesse daran, ihren Lesern nunmehr die Wahrheit mitzuteilen.

Die „Prager Presse“ läßt sich von ihrem Pariser I.-St.-Korrespondenten über die Voruntersuchung einen Bericht geben, der zeigt, daß diese Untersuchung Punkt für Punkt die über Gorgulow verbreiteten Lügen widerlegt hat. Wir zitieren diesen Bericht ausführlich.

Der Korrespondent der „Prager Presse“ schreibt: „Es ist nunmehr möglich, die Ergebnisse der Voruntersuchung objektiv zu überblicken und die Feststellungen, zu welchen der Untersuchungsrichter gelangt ist, anzugeben.“

Der Mörder ist wirklich Paul Gorgulow

Der Mörder ist wirklich Paul Gorgulow. Während einiger Tage konnte man über die Identität des Mörders Zweifel hegen und vermuten, daß Gorgulow nicht der wirkliche Name des Mörders sei. Zahlreiche russische Flüchtlinge glaubten in Gorgulow Personen zu erkennen, welche sie seinerzeit in Rußland zu Beginn der kommunistischen Revolution gemartert hätten. Sämtliche Aussagen dieser Natur wurden von dem Untersuchungsrichter mit der größten Sorgfalt geprüft und als unrichtig festgestellt.

Der Mörder heißt tatsächlich Paul Gorgulow und ist Doktor der Medizin.

Gorgulow ist zurechnungsfähig

Die geistige Gesundheit des Mörders steht gleichfalls außer Frage. Die vom Richter bestellten drei Ärzte, welche Gorgulow in der eingehendsten Weise untersuchten, kamen einstimmig zum Schlusse, daß der Mörder vollkommen zurechnungsfähig sei. Es kann also nicht mehr davon die Rede sein, daß es sich um die Tat eines Geistesgestörten handelt.

Ein politischer Mord

Das Motiv des Verbrechens ist politischer Natur. Gorgulow, welcher der äußersten Rechten der russischen Emigration angehörte, war der Präsident einer allerdings wenig zahlreichen politischen Gruppierung, welche sich russische Faschisten nannte, oder genauer allrussische nationale Bauernpartei der „Grünen“. Der Zweck Gorgulows ging offenbar dahin, eine der deutschen Nazi-Bewegung analoge Organisation zu schaffen. Nach den Aussagen des Mörders war das Motiv des Verbrechens, durch eine Mordtat gegen die Nicht-Intervention Frankreichs in Rußland und gegen die Anerkennung der Sowjetunion seitens Frankreichs zu protestieren. Er scheint keine Helfershelfer gehabt zu haben.

In russischen Emigrantenkreisen bekannt

Gorgulows Partei existierte wirklich und war als solche in russischen Emigrantenkreisen bekannt. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß Gorgulow am 20. Dezember 1931 in der in Paris erscheinenden Zeitung „Koschrosdenije“ einen Aufruf veröffentlichte, in welchem er eine Versammlung der grünen Nazis für den 27. Dezember 1931, 2 Uhr nachmittags, im Kaffeehaus Boulevard de la Tour Maubourg Nr. 27 an kündigte. Der Aufruf ist gezeichnet: „Nabel Gorgulow“.

Das Blatt erklärt die Veröffentlichung dadurch, daß sie gegen Bezahlung erfolgt sei, also ein reguläres Annoncengeschäft darstelle. Dagegen wurde jedoch erwidert, daß politische Aufrufe, besonders wenn es sich um so prononcierte Parteien handelt, wie die „Nazi“, selbst dann politisch ein Blatt engagieren, wenn es den Aufruf gegen Bezahlung abdruckt.

Tatsächlich hielt Gorgulow am 27. Dezember seine Partei-

versammlung ab, doch scheinen, den Erhebungen zufolge, nur wenige Personen anwesend gewesen zu sein.

Keine Verbindung zu Kommunisten

Es konnte bis zur Stunde kein Beweis erbracht werden, daß Gorgulow zu kommunistischen Organisationen in Beziehungen gestanden ist. Dagegen konnte der Nachweis erbracht werden, daß Gorgulow zu mehreren sehr rechts stehenden Blättern, wie „Koschrosdenije“, welche ja auch keinen Aufruf veröffentlichte, und der unregelmäßig erscheinenden Zeitung „Naba“ Beziehungen hatte.

Die mit dem Mörder in Berührung stehenden Amtspersonen, sowie die mit dem Mörder nach der Tat am Polizeikommissariat anwesenden Journalisten erklärten einstimmig, daß an der vollen Zurechnungsfähigkeit Gorgulows nicht gezweifelt werden könne, was mit den Schlußfolgerungen der Gerichtsärzte vollkommen übereinstimmt. Gorgulow steht ideell ganz unter dem Einflusse jener extremen Macht- und Gewalt-Theorien, welche unter anderem in Deutschland zu der Nazi-Bewegung und früher zur schwarzen Reichswehr und zu den Zementmorden geführt haben.“

Polnische Arbeiter marschieren mit uns für Zerreißung der Tributdiktate

An den Grenzpfählen geloben polnische Arbeitslose gemeinsamen Kampf mit deutschen Arbeitern

Warschau, 11. Juni. An der polnisch-deutschen Grenze in Oberschlesien, bei Lohe wnit, fand eine große Demonstration polnischer erwerbsloser Arbeiter statt. Die Menge marschierte durch den Ort bis zu den Grenzpfählen. Dort hielt ein Arbeiter eine Ansprache, in der er der Solidarität des polnischen Proletariats mit dem sozialen und nationalen Befreiungskampf der deutschen Werktätigen Ausdruck gab.

„Seht hin“ — sagte der Arbeiter — „dort jenseits der Grenzpfähle leben die Arbeiter genau so schlecht wie wir hier. Sie sind arbeitslos wie wir. Ihre Unterjüngung wird ebenso wie unsere abgebaut. Frankreich, mit dem unser Land verbündet ist, verlangt von den deutschen Arbeitern Tributzahlungen. Unsere Regierung will zum Korridor und Oberschlesien noch Danzig rauben. Sie brauchen es für ihre Kriegspläne gegen die Sowjetunion. Wir haben nichts mit diesen Raubplänen gemein. Wir reichen unseren Brüdern in Deutschland die Hand zum Kampfe gegen ihre eigenen und gegen unsere Ausbeuter.“

Zwischen war die polnische Polizei alarmiert und ging in brutalster Weise mit Gummiknüppeln, Gewehrkolben und Tränengasbomben gegen die Demonstranten vor.

Die polnischen Arbeiter sind unsere Verbündeten in unserem Kampfe gegen gesteigerte Ausbeutung und Tributens! Ueber eine solche Freiheitsarmee diesseits und jenseits der Grenzen verfügen nur die Kommunisten. Während die französischen, polnischen und deutschen Nationalisten anlässlich der bevorstehenden Tributkonferenz in Lausanne in gesteigertem Maße chauvinistische Propaganda betreiben und zugunsten eines gemeinsamen Feldzuges gegen die Sowjetunion die Werktätigen der verschiedenen Länder gegeneinander aufspalten wollen, organisiert die internationale Armee des Kommunismus den gemeinsamen Kampf.

Deutsche, polnische und französische Arbeiter werden deutsche, polnische und französische Ausbeuter, Kriegshefer und Tributräuber schlagen und auch gemeinsam die Sowjetunion mit ihren Leibern verteidigen.

Drittgrößte Sparbank Amerikas pleite

Die Savings & Loan Association hat ihre Zahlungen eingestellt, ihre Schalter geschlossen und Konkurs beantragt. Mit Einlagen von 210 Millionen Mark handelt es sich bei dieser Bank um die drittgrößte Sparbank Amerikas. Tausende von kleinen Sparern sind um ihre wenigen Groschen betrogen worden.

Mandschurei ein revolutionärer Brandherd

Peking, 10. Juni. Wie die Charbiner Presse mitteilt, meuterte vor kurzem eine Maschinenwehrkompanie der mandschurischen Regierungstruppen. Mit ihren Offizieren an der Spitze marschierte sie in südöstlicher Richtung ab, um zu den antimandschurischen (aufständischen) Kräften zu stoßen.

Es wird von hartnäckigen Kämpfen zwischen den Japanern und koreanischen Partisanentruppen, die gemeinsam mit den „Großen Schwertern“ südlich von Kirin vorgehen, berichtet.

Wahlen in Rumänien

Bukarest, 13. Juni. Das Dekret, durch das Senat und Kammer aufgelöst werden, wurde heute veröffentlicht. Die Neuwahlen der Kammer finden am 17. Juli, die Senatswahlen am 20. Juli statt.

Am Sonntag fand in Paraguan die Neuwahl des Präsidenten statt. Die Wahlabschlüsse wählten einstimmig Senor Enrique Anala zum Präsidenten und Senor Casal Ribeiro zum Vizepräsidenten.

Unser Roman „Frauen führen Krieg“ ist beendet.

MORGEN

beginnen wir mit dem Abdruck eines Kapitels aus dem neuen Buch von

Theodor Plivier.

dem Autor von „Des Kaisers Kulis“. Dieses Kapitel knüpft in spannender Weise dort an, wo unser jetziger Roman schließt.

Jeder wird die fesselnde Schilderung begrüßen!

Proleten, ihr schmiedet die Waffen..

Von Friedrich Wolf

Proleten!
Ihr schmiedet die Waffen,
Weshalb seid ihr nicht Waffen?
Ihr seid die Hämmer, die Muskeln, die Wehrheer,
Mit euch ist das Recht!
Wann aber wird Recht zur Macht?
Ihr hämmert und hämmert,
Ohne zu denken. — Falsch!
Ihr vertraut euer Recht Duckmäusern und Bonzen. — Falsch!
Nehmt ihr euer Recht
Nicht selbst in die Fäuste,
Wird Recht nie zur Macht!

Lernt denken, Proleten,
Lernt aus unsern Fehlern, lernt, lernt aus unserm Spiel!
Wir appellieren nicht an das „kleinere Uebel“,
Nicht an die Feigheit in euch,
Wir appellieren, Proleten, an euren Mut!
Erkenntnis und Mut, nur so, Proleten,
Wird Recht zur Macht!
(Aus der politischen Revue, „Wie stehen die Fronten?“)

Frauen führen Krieg
von Emma P. Dorubergen

Copyright by „Rote Fabrik“, Berlin, 1932.

Im Gouvernementsgebäude hat der Gouverneur und der Oberbürgermeister Adenauer die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates zu sich.

„Meine Herren“, sagte der Gouverneur, soeben ist ein Kurier des Großen Hauptquartiers eingetroffen, um mit Ihnen die Verbindung aufzunehmen und über wichtige Fragen, die uns durch die Demobilisierung gestellt sind, zu verhandeln.“

Ein kleiner schwächlicher Herr in Zivil, dem man den Offizier ansah, erhob sich, klappete mit einer kleinen Verbeugung kurz die Hacken zusammen und schnarrte: „Meine Herren, ich möchte mir Ihnen zunächst behätigen, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg es für seine Pflicht hält, auf seinem Posten zu bleiben, bis das Heer in die Heimat zurückgekehrt ist. Er hat diesen Entschluß telegraphisch dem Reichskanzler Ebert mitgeteilt und das ganze Heer der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Ich bin hier, —“ der Kurier machte eine müde Handbewegung und legte ein diplomatisches Lächeln auf, — „um im Einvernehmen zwischen der neuen Regierung und der Obersten Heeresleitung mit Ihnen die Fragen des Rückmarsches der Truppen durchzusprechen, da gerade für Köln und das Rheinland ungeheure Aufgaben aber auch unabsehbare Gefahren vorhanden sind.“

Die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates nickten.

Der Kurier des Hauptquartiers fuhr fort:

„Es ist dringend geboten, daß die Soldaten bei ihren Truppenteilen bleiben und in geschlossener Ordnung nach Deutschland zurückkommen. Mehr Sorge, als der Abtransport der geschlossenen Truppenteile machen aber die Leute, die sich eigenmächtig von der Truppe entfernt haben und zu Fuß oder auf Wagen in die

Heimat zurückfluten. Zum Auffangen dieser Truppen ist im Etappengebiet ein Kordon gebildet worden, der diese Leute entwaffnet und ableitet. Ein zweiter Kordon muß an sämtlichen Rheinübergängen gebildet werden.“

Sollmann räusperte sich und bemerkte: „Dadurch werden dem Kölner Arbeiter- und Soldatenrat Aufgaben entstehen, die er mit den jetzigen Truppenteilen nicht lösen kann!“

Der Kurier lächelte verbindlich.

„Ich bin ermächtigt, Ihnen von der Obersten Heeresleitung die feste Zusage zu geben, daß möglichst rasch mehrere Kölner Landsturmataillone für diese Aufgabe nach Köln entsandt werden.“

Jetzt war es auf der Seite der Arbeiter- und Soldatenräte, verbindlichst zu lächeln. „Im übrigen“, erklärte der Kurier bedeutungsvoll, „muß ich Ihnen sagen, daß die Revolution in Köln am vergangenen Freitag von unabsehbarer Bedeutung gewesen ist. Wie wir uns bei Ihnen, so hat sich der deutsche Kronprinz bei uns laufend durch Fernsprecher über die Umwälzung in Köln und den katastrophalen Zusammenbruch der Kölner Garnison unterrichten lassen. Es sind dann auf Grund der Kölner Vorgänge außerordentlich weittragende Beschlüsse gefaßt worden. Ich habe mich besonders dafür eingesetzt, meine Herren, daß sofort in der Etappe und an der Front Soldatenräte nach ihrem Kölner Muster gebildet werden. Ich bin der Auffassung, meine Herren, —“ die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates lächelten geschmeichelt —, „daß dadurch der Beginn eines Chaos und eine weitere ungeheure Katastrophe verhindert werden kann. Im übrigen darf ich Sie bitten, die Einladung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generalquartiermeisters Groener, eine Vertretung zu weiteren wichtigen Beratungen sofort ins Große Hauptquartier zu entsenden, anzunehmen?“

Die Herren erhoben sich.

Der Kurier des Großen Hauptquartiers schüttelte den Arbeiter- und Soldatenräten jovial die Hand. Fuchsius, der U.S.P.-Mann, war ein wenig verlegen. Die andern machten ein Gesicht, als wenn ihnen der Orden „Pour le Mérite“ um den Hals gehängt worden wäre.

Am selben Tage reisten Fuchsius, Schulte und Sollmann ins Große Hauptquartier.

Wohin wehrt das Zentrum?

Die jüdischen Ministerpräsidenten bei Hindenburg

Und sie legen sich die deutschen Bratenode an, stülpfen ihre Peltonen nach hinten und zucken zum Herrn Reichspräsidenten, die die Ministerpräsidenten Dr. Heide von Bayern, Dr. Volz aus Württemberg und Dr. Schmitt von Baden. Am dem Herrn von Hindenburg — in Name erhebt seines Kanzlers von Papen, neigen sich — ihre „geringen Bedenken“ vorzutragen, daß sich die neue Reichsregierung nicht lösen könnte, in die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierungen einzugreifen. Solches sei durchaus nicht zu befechten würde ihnen erklärt, und dann fuhren sie wieder nach Hause. „Aber nicht beruhigt, aber doch beschämt“ und sagen die schwarzen Staatsräte wieder aus.

Diese ganze prokrastine Staatsaktion, so lächerlich sie auch er- scheint, mag hat doch einen ernsten Hintergrund. Den versteht man erst wenn man sich das ganze Drama und Fran dieser Demon- stration der Staatsoberhaupter vergegenwärtigt: die Begleitmusik, die die Zentrumsversammlungen, die Revolutionen der christ- lichen Gewerkschaften und der Chor der katholischen Päpster Heide!

Das Zentrum rührt die Kriegstrommel. Gegen das Kabinett von Papen, gegen die soziale Reaktion, gegen die Militärkamarilla, gegen Hitler. Es verachtet meisterlich, alle Register zu ziehen. Es weiß, was man das Instrument der öffentlichen Meinung „spielen“ kann. Es beherrscht die Kunst, die Massen zu packen. Die christ- lichen Arbeiter, kleinen Mittelständler und Bauern glauben tat- sächlich, daß das Zentrum für ihre Sache kämpfe. Warum würde wohl kein Herr „Brüderchen“ hier mit dem bairischen Dreißig- Negel tröden? Warum würden die kleinen Kaplane und die frommen Schwestern so eifrig von Haus zu Haus laufen?

Das Zentrum mit seinen Hunderten von Hilfsorganisationen bietet alle Kräfte auf, um seine Wählermassen fest an seine Fahnen zu binden. Es liegt nahe, zu sagen, das übliche Wahlmache, begünstigt von den üblichen Wahlmännern. Dennoch würde das falsch. Das Zentrum führt tatsächlich einen Kampf. Freilich nicht einen Kampf für die Lebensinteressen der katholischen Arbeiter, werksamen Mittelständler und kleinen Bauern, sondern einen Kampf für die Interessen jenes Teiles der deutschen Bourgeoisie, der heute noch hinter dem Zentrum steht und die Brüningpolitik für die richtige hält.

Warum behand das Wesentliche der Brüning- politik? Brüning wollte, genau so wie von Papen und Hitler, die Rettung des bankrotten deutschen Kapitalismus, und auf demselben Wege wie jener: auf Kosten des arbeitenden Volkes. Aber er wollte die Herunterdrückung der werktätigen Massen in Grenzen vornehmen, mit äußerster Rücksichtslosigkeit, aber lang- samer, Atematender, mit allen möglichen Manövern, um nicht einen einheitlichen Widerstand der Massen auszulösen, und deshalb mit höchster Unterstützung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer. „Wenn wir durchhalten“, sagten sich Brüning und die Kapitalisten, die hinter ihm standen, „noch ein Jahr, dann wird doch vielleicht ein Ausweg aus dem Zu- sammenbruch, ein neuer Silberstreifen der Hoffnung vorhanden sein.“ — „Die „Pötte aufeinander beißen.“ „Die Herron nicht ver- lassen“, durchhalten“, das waren die Worte, die bei Brüning immer wiederholten.

Aber ein anderer sehr viel größerer Teil der deutschen Bour- geoisie kann nicht mehr warten, kann nicht noch ein Jahr oder länger „durchhalten“. Die Kapitalisten sind so „fertigt“, daß sie jedes, auch das verwerflichste Mittel begrüßen, das nach „Rettung“ aussieht. Sie sind hundertprozentig bankrott, während vielleicht die Brüningstrategen der deutschen Bourgeoisie erst zu 50 oder 60 Prozent bankrott ist. Die Schwerindustrie und das Agrarkapital sind die Teile des deutschen Kapitalismus, die am schlimmsten dran sind. Darum heben sie hinter Papen und Hitler, und mit ihnen all die Kapitalisten, die sich in ähnlich trostloser Lage be- finden. Sie haben nur noch eine Hoffnung auf „Rettung“: den nächsten Anmarsch auf die Arbeiterklasse, den offenen, brutalen, blutigen Faschismus! Darum haben sie Brüning gestützt, um Hitler in den Sattel zu helfen.

Vor haben hier einen erbitterten Kampf zweier Gruppen der deutschen Kapitalistenklasse vor uns, die darüber hadern, auf welche Weise und mit welchen Methoden am besten der deutsche Kapitalismus zu retten sei. Jetzt, wo die Hitlergruppe gelangt hat, können die konservativen des Brüninglagers, vor allem die aus Süddeutschland, die ganz der Struktur ihres Landes wirtschaftlich und sozial noch nicht in dem Maße bedroht sind wie etwa die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, darüber, daß die Stahlbarone und Kartellführer die Staatskasse für sich allein ausplündern wollen. Jetzt sammeln sie, daß die Abenteuerpolitik Hitlers Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges, in das Chaos, in den Faschismus treibe.

Das Zentrum und die kapitalistischen Wirtschaftskreise, die keine Stellung haben, machen alles mobil, um bei der Wahl möglich zu sein. Sie sind aus der Regierung hinaus- gedrängt worden, sie wollen sich in die Regierung wieder ein- mischen, damit sie auf Rettung, Tempo und Methoden der Politik wieder Einfluß gewinnen. Ihr Ziel ist, so viele Mandate zu er- halten wie möglich, damit Hitler gezwungen werde, mit dem Zen- trum die Macht zu teilen.

Unter all den vertriebenen Redensarten der Zentrums- und christlichen Gewerkschaftsführer verbirgt sich also nur das eine Ziel: Reaktion vor den Nazis. Sie schänden sich vor ihren Arbeitern, sie wollen Hitler schlagen. In Wirklichkeit wollen sie ihn in der Reaktion anmerken. Sie schänden, sie wollen den Faschismus be- kämpfen, im Wirklichen wollen sie ihn ja nur bei der Rettung des bürgerlichen Kapitalismus kämpfen.

Die Nazis werden von der Schwerindustrie dafür bezahlt, daß sie die Masse zu betrogen und für die Interessen ihrer Ausbeuter einzutreten. Genau so wird das Zentrum innerhalb von jener anderen Kartellengruppe finanziert, damit es ihre Interessen betreibe. Sogar, Nazis wie Zentrum, sind Verräter am Arbeiterwohl.

Wir Kommunisten aber wollen die arbeitenden Massen aus dem kapitalistischen Zusammenbruch herausführen. Deshalb kämpfen wir gegen die Schwarzen wie gegen die braunen Arbeiter- beherrscher.

Deshalb werden wir uns an die christlichen Arbeiter, Mittel- ständler und kleinen Bauern, ehrlich bereit, ihnen die Bruder- hand zu reichen, damit sie zusammen mit uns den Weg aus dem Elend und der Sklaverei sich bahnen. Wir wissen, daß es viele werktätigen Massen tiefsich Ueberzeugung und ehrlicher Wille ist, daß der Faschismus vernichtet werden muß, wenn das Arbeiter- wohl vor dem Schlimmsten bewahrt werden soll. Deshalb rufen wir auch sie in unsere antifaschistische Kampffront!

Verichtigung. Die Ueberschrift der Meldung aus Nürnberg (Aus- gabe von gestern), wonach ein Arbeiter, der Mitglied der SPD. ist, von der Polizei tödlich verletzt wurde, ist falsch. Sie muß heißen: „Arbeiter durch Polizeischuß tödlich verletzt.“

Amnestie für die proletarischen Gefangenen!

Die sozialdemokratischen Führer begründeten ihre insame Hege gegen die Amnestierung der proletarischen Klassenkämpfer damit, daß durch das preußische Amnestiegesetz auch Nationalsozialisten freigelassen würden. In Wirklichkeit hat die Justiz der preußischen Koalitionsregierung schon von jeder dafür getan, daß den nationalsozialistischen Arbeiterführern nicht wehe getan wird. Während die Arbeiter, die sich gegen den Naziterror zur Wehr setzten, mit ungeheuerlichen Zuchthausurteilen bestraft wurden, wurden die Nazi-Arbeitermörder freigelassen oder zu lächerlich geringen „Strafen“ verurteilt.

So urteilte die preußische Justiz gegen Arbeiter gegen Nazis

Der Arbeiter Hamisch soll an einer spontanen Demonstration in Berlin teilgenommen und bei der Auflösung aus 15 Meter Entfernung (!) mit der Faust gegen die Beamten gedroht haben.

Urteil (7. Januar, Berlin): unter Verlängerung einer anderen Strafe zwei Monate Zuchthaus.

Der Arbeiter Wehlig aus Neumünster hatte sich durch Provokationen hinreichend lassen und in einer Prügelei einen Nazi getötet.

Strafantrag: Todesstrafe!
Urteil (32. Januar, Kiel): fünfzehn Jahre Zuchthaus!

In Görlitz wurden vier rote Sportler beim Flugblattver- teilen von einer Horde von 30 bis 35 Nazis überfallen. Ein Reichsbannerarbeiter eilte ihnen zu Hilfe. Verurteilt wurden nicht die Nazis, sondern die Arbeiter.

Urteil (19. März, Görlitz): insgesamt ein Jahr Zuchthaus, drei Jahre sechs Monate Gefängnis, elf Jahre Ehrverlust.

Am 19. Oktober 1931 überfielen Nazis in der Schillingstraße, Berlin, Arbeiter. Dabei wurde ein Nazi durch einen Schuß leicht verletzt. Zwei Arbeiter wurden wegen „versuchten Mordes“ angeklagt.

Urteil (29. April, Berlin-Moabit): Für jeden zwei Jahre Zuchthaus.

Bei der Abwehr eines Naziüberfalls auf Arbeiter in Essen war der Nazi Felgendreher erschossen worden. Die Ver- handlung führte der in den Nazisblättern offen als „F.g.“ bezeich- nete Staatsanwalt Kessjöhmer.

Strafantrag: Vier Todesurteile!
Urteil (4. Februar, Essen) insgesamt:
36½ Jahre Zuchthaus, 101 Monate Gefängnis.

Ein Nazi hatte, wie er selbst zugab, bei einem Ueberfall auf Arbeiter geschossen, und, als er festgestellt werden sollte, die Be- amten mit der Pistole im Anschlag zurückgehalten.

Urteil (7. Januar, Berlin, Moabit): freigesprochen.

Der Nazi Sonntag aus Guben hatte am 3. Oktober 1931 den kommunistischen Arbeiter, Genossen Wartgraf, überfallen und durch mehrere Messerstiche vierfach ermordet.

Urteil erster Instanz: fünf Jahre Gefängnis.
Urteil zweiter Instanz (9. Mai, Guben): freigesprochen!

Eine Horde von Nazis unter Führung des Gutsinspektors Baumerz hatte in Banlau (Schlesien) den Landarbeiter Baffy auf der Straße überfallen und ihn im Laufe seines Schwiegeraters vor den Augen seiner Frau vierfach gemuschelt.

Urteil (4. Mai, Oppeln):
Der Hauptschuldige, Inspektor Baumerz, wurde freigesprochen.

Am 7. Februar überfielen vier Nazis in der Michaelsträ- ße, Berlin, zwei Reichsbannerarbeiter, die nicht unerheblich verletzt wurden.

Urteil erste Instanz: je fünf Monate Gefängnis.
Urteil zweite Instanz (11. April, Berlin-Moabit): frei- gesprochen!

Am 13. März hatten in Hildeswagen Nazihorden einen Feuerüberfall auf die Arbeiterhaft unternommen. Die komm- unistischen Arbeiter Blumberg und Mondré und der SPD- Stadtkorrespondent Fries wurden ermordet.

Die Anklage lautete auf Raufhandel!
Urteil: 15 Monate Gefängnis für den Führer! Die Mörder wurden sofort freigelassen!

Kämpft für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen!

Tagung der Parteiarbeiter Breslau-Land

Breslau. Am Sonnabend/Sonntag fand in Breslau die Unter- besitzkonferenz von Breslau-Land statt. Aus den Ortsgruppen waren die Genossen und die Parteiarbeiter nach Breslau gekommen, um hier zu der politischen Situation und zu den augenblicklichen Aufgaben, die vor der kommunistischen Partei, der Führerin der Arbeiterklasse, stehen, zu beraten. Die Zusammenkunft dieser Kon- ferenz zeigte nicht das übliche Bild, wie sonst. Junge kamp- fenthusiastische Arbeiter, unter ihnen Genossen, welche noch vor wenigen Monaten in den Reihen der SPD., ja selbst der Nationalsozialistischen Partei gestanden, wie z. B. die Genossen unserer jüngsten Ortsgruppe im Unterbezirk Schredendorf, Kreis Strahlen, waren zu dieser Kampf- lungsbildung nach hier geeilt.

Der Genosse A. hielt das politische Referat. Er schilderte in seinen Ausführungen die politische und wirtschaftliche Situation, die sich von Tag zu Tag verschärft. Die Kapitalisten rüsten fieberhaft zu einem neuen Völkermorden, um durch den Krieg einen Ausweg aus der Krise zu schaffen. Das Kabinett Papen, das Kabinett der finsternen faschistischen Reaktion, ist das ausgearbeitete Kriegslabirint, in welchem die Generale, Großindustriellen und Großkaarrier bestimmen. Dann zeigte er die Rolle der SPD., die nach der Umbildung der Re- gierung in eine Scheinopposition getreten ist, und durch ihre „revo- lutionären Reden“ die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abhalten will, um sie mehrmals dem Faschismus auszuliefern. Nachdem er über das Anwachsen des Naziterrors und der geheiligten Verbotshege gegen die kommunistische Partei geberichtet hatte, zeigte er die verächtlichen Ver- träge des wachsenden Widerstandes gegen die faschistische Dange- rlichkeit. Die praktische Anwendung der Einheitsfrontpolitik der kom- munistischen Partei hat in der arbeitenden Bevölkerung nie solch ein Echo gefunden, als gerade in der letzten Zeit. Die Arbeiterklasse erkennt immer mehr die Notwendigkeit der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront. Die Arbeiterklasse strebt nach einer einheitlichen Kampffront und hat bereits an verschiedenen Stellen im offenen Kampf um die Tagesfragen. Gemiß werden in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik auch eine Reihe von Fehlern gemacht, und hier zeigte der Genosse A. an den verschiedenen Beispielen die richtigen und die falschen Methoden in der Bildung der kämpfenden Einheits- front. Erst dann, wenn die Kommunisten im Angriff sind und die Arbeiterklasse in den Kampf für ihre Lebensforderungen führen, erst dann ist die Grundlage zur Bildung einer wirklichen Einheitsfront geschaffen. Bekanntlich vertritt ja auch die SPD. und die SAP. von einer Einheitsfront. Die Beispielen in Breslau, die Umwertung des Streikampfes bei den Gemeindeführern zeigen mit aller Deutlichkeit, was das Führer mit ihrer Einheitsfront bezwecken. Es spricht z. B. Senf, der Führer des Gesamtverbandes, vom Streik, desgleichen aber auch Schwarz, der Gesamtbetriebsrat der Breslauer Gemeindeführer, ohne daß je jemals daran denken, die Arbeiterklasse in den Kampf gegen den Naziterror zu führen. Ja, im Gegenteil, sie sabotieren den Kampf der Arbeiterklasse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Seit Monaten betreibt die SPD. in Breslau eine „Einheits- frontpolitik“, indem sie mit dem Exekutivgremium der SPD., den Renegaten der Arbeiterklasse, eine Kartellpolitik betreiben und dadurch die Arbeiterklasse bewußt vom revolutionären außerparlamentarischen Kampfkampf abhalten. Durch die Initiative der kommunistischen Partei kam es bereits in einzelnen Stadtteilen Breslaus zur Schaffung eines provisorischen Kampfausschusses. In diesen Kampfaus- schuß wurden die Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörig- keit hineingewählt. Kauch von der SAP., der mit in den Kampf- ausschuß hineingewählt wurde, zeigte gleich in den ersten Sitzungen des Kampfausschusses, als es sich darum handelte, Kampfmaßnahmen gegen Hunger, Krieg und Faschismus zu organisieren, daß die SAP.

Führer den Kampf um die Einheitsfront nicht ernst nehmen, und in der vierten Sitzung, als die Frage der Vorbereitung einer Betriebs- räte- und Betriebsfunktionärkonferenz zur Organisierung des ernst- haften Kampfes stand, da stellten sie erneut die Frage der Ver- schmelzung des Kampfausschusses mit dem „Kartell“ und brachen aus dem Kampfausschuss aus, als sie sahen, daß die Arbeiter nicht Kartell- oder Burgfriedenpolitik, sondern praktische Kampfmaßnahmen organisieren wollen.

Dies gilt es, daraus die Lehren zu ziehen. Auch im Unterbezirk Breslau sind bereits in einer Reihe von Ortsgruppen Beispiele der Einheitsfrontpolitik geschaffen worden. Nachdem Genosse B. eingehend zu den örtlichen Beispielen gesprochen hatte, behandelte er eingehend die Gewerkschafts-, SPD., Landarbeiter- und im besonderen die Jugendfrage. Nach einem instruktiven Teil des Referats über die innerorganisatorischen Maßnahmen, die in der gegenwärtigen zu- gebilhten politischen Situation unternommen werden müssen, beendete er unter lebhafter Zustimmung aller anwesenden Delegierten seine Aus- führungen.

Die darauf einleitende Diskussion, in welcher die Delegierten der einzelnen Ortsgruppen zu Worte kamen, wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen abgebrochen und am anderen Tage fortgesetzt, nachdem die Genossen in den verschiedenen Kommissionssitzungen zu den einzelnen Fragen im besonderen Stellung genommen hatten. Hier sprachen die Arbeiter aus dem Betriebe, die Landarbeiter, die Erwerbslosen, ja selbst die Vertreter der jüngsten Ortsgruppen nahmen das Wort zu den Ausführungen des Genossen A.

Die Kampfkongferenz, die im Zeichen der Vorbereitung der Reichs- tagswahl als ein Teil der antifaschistischen Aktion stand, war von einem revolutionären Willen getragen. Mittags wurde die Sitzung durch das Einrücken einer roten Pioniergruppe, die mit dem Lied „Die Straße frei den roten Pionieren“ in den Saal hineinmarschierten, auf kurze Zeit unterbrochen. Spontan erhoben sich die Delegierten und sangen mit geballter Faust gemeinsam die „Internationale“. Nachdem die roten Pioniere die Konferenz der Parteiarbeiter begrüßt und den Saal wieder verlassen hatten, wurde die Sitzung fortgesetzt bis gegen 4 Uhr nachmittags.

Eine vorgelegte Resolution, in welcher die Erfahrungen, die Mängel und Schwächen unserer Arbeit im Unterbezirk Breslau auf- gezeigt werden, wurde einstimmig angenommen. Der Geist, der diese Konferenz beherrschte, ist als sehr gut zu bezeichnen. Mit unver- blümter Offenheit sind die Genossen an die ernste Arbeit heran- gegangen. Mächtiglos wurden die Fehler und die Schwächen auf- gezeigt, und aber auch gleichzeitig aus den gemachten Erfahrungen die Lehren zu ziehen, um den Befreiungskampf siegreich zu Ende führen zu können.

Jeder Werkstätige liest 4

Ver schwörer am Werk!

Gen. Krylenko enthüllt die Kriegsp provokationen der Feinde der Sowjet Union

16 Seiten 10 Pf